

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 36/7, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Polverzeichnisse Nr. 4089 a 8 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21.

Freitag, den 25. Januar 1895.

2. Jahrgang.

Stier eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 23. Januar 1895.

21. Sitzung.

Präsident von Levetzow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

Am Tische des Bundesrathes: von Böttcher.  
Die Verathung des Antrages der konservativen Partei (Dr. Kropatschek und Genossen) auf Einführung des Befähigungsnachweises und auf Beschränkung des Geschäftsbetriebes der Konsumvereine in Verbindung mit Anträgen der Reichspartei (Camp u. Gen.) auf Schaffung von Handwerkerkammern und Einschränkung der Gefängnisarbeit, des Centrum (Dr. Sige u. Gen.) und der Nationalliberalen (Dr. Hammacher u. Gen.) betr. den Geschäftsbetrieb der Konsumanstalten und Konsumvereine, und eines Antrages der Reformpartei (Dr. König u. Gen.), wonach staatlichen Betrieben die Begründung von Konsumvereinen u. verboten wird und schon bestehende Konsumvereine aufgehoben werden wird fortgesetzt.

Beckh (FvP.): Ich erkenne an, daß die Parteien, die diese Anträge gestellt haben, Sympathien für das Handwerk haben, aber auch wir haben solche Sympathien, nur die Wege sind verschieden, auf denen wir das Wohl des Handwerks anstreben. Wir wollen nicht die Knechtung, sondern die Freiheit des Handwerks. Ich bin deshalb ein entschiedener Gegner des Befähigungsnachweises. In Bayern ist das Verlangen danach nicht groß. Wir haben dort ein gut ausgebildetes gewerbliches Unternehmertum, mit Hilfe dessen eine gründliche Ausbildung der Lehrlinge verbürgt wird. Damit hilft man dem Handwerk viel gründlicher als mit Zwangsmaßnahmen. In Bayern haben wir statt ihrer Handwerkskammern, Handels- und Gewerkekammern, deshalb sind Handwerkerkammern bei uns überflüssig. Herr Camp bezweifelte vor acht Tagen die Autorität des Abg. Richter in Handwerksfragen. Herr Richter hat davon mindestens so viel Achtung wie jeder preussische Geheimrath. Sollte die Regierung dem Befähigungsnachweis zustimmen, so wird das zu den unglücklichsten Mißständen führen. Oesterreich liefert da ein Beispiel. Die Streitigkeiten über die Ausübung verwandter Gewerbe hören da nicht auf und mit der Prüfung wird es überall da nicht so genau genommen, wo der Prüfling mit einem der Prüfer verwandt ist. Daß sich die Handwerker nicht viel von den Zünften versprechen, beweist die mangelhafte Theilnahme an denselben. Das Mißtrauen gegen die Zünfte wird noch beständig gesteigert durch die Art der Verwendung der Zunftgelder. Von 70 Millionen sind nur ein Viertel zu Zwecken des Handwerks, drei Viertel zu Bureauzwecken und für Repräsentation ausgegeben worden. Der Staat darf sich nicht einmischen, er darf höchstens den Weg ebnen helfen, indem er den jüngeren Handwerker die Möglichkeit guter Fortbildung erleichtert. Dafür treten wir ein. Zwangsmaßnahmen tragen nur dazu bei, die Unzufriedenheit zu steigern, sie hindern gerade die besten Elemente am Fortkommen. (Beifall links.)

Megner (Z.), auf der Tribüne schwer verständlich: Den goldenen Boden könne allein der Befähigungsnachweis dem Handwerk bringen. Herr v. Böttcher sei aber ein Gegner desselben. Die Handwerkerkammern können uns gar nichts nützen. Man sagt, sie sollen der Regierung beratend zur Seite stehen. Die Botschaft wird ihr wohl, allein mir fehlt der Glaube. Wo sollen die Kammern organisiert werden? Ich kann mir ihren Aufbau nicht anders als auf den organisierten Zünften denken, die nicht organisierten Handwerker einzubeziehen, würde ich für unmöglich halten. Die bayerischen Handwerker müßten nach dem Vorbild in einem Paradies leben, aber auch sie sind nicht weniger als zufrieden. Sie sympathisieren fast durchweg mit unseren Bestrebungen. Woher käme es sonst, daß der Sitz des deutschen Handwerkerbundes gerade München ist? Es muß in aller nächster Zeit etwas geschehen, um dem Handwerkerlande zu helfen. Deshalb kann ich mich nicht mit einer Abschlagszahlung zufrieden geben. Man darf den Handwerker nicht fortwährend einen Knochen hinwerfen, damit sie sich daran die Zähne ansagen. Alle Tage gehen einige Exzellenzen zu Grunde und wollen wir dem Handwerk aushelfen, so dürfen wir nicht so lange warten, bis es kein Handwerk mehr giebt. (Beifall rechts und im Centrum.)

Staatsminister von Böttcher: Ich kann die Wünsche des Redners verstehen. Er thut aber der Regierung Unrecht, wenn er ihr vorwirft, sie verzögere die Angelegenheit. Ich sagte, aus der an den Berlepsch'schen Vorschlägen geübten Kritik habe die Regierung ersehen, daß den Handwerkern an ihrer Ausführung nichts liege. Wir mußten nach dieser Kritik nach neuen Wegen suchen. Die Zwangsmaßnahmen sind in sehr weiten Kreisen des Handwerks sehr unbeliebt; ich habe auf Reisen oft die Antwort bekommen: Verschont uns mit den Zwangsmaßnahmen. Die Handwerkerkammern sind unser Ausweg, sie brauchen nicht genau nach dem Muster der Landwirtschaftskammern gebildet zu werden, ich habe diese nur als einen Vorgang angeführt. Ueber den Wahlmodus u. steht noch nichts fest. Die Frage des Befähigungsnachweises ist noch eine sehr unstrittene. Herr v. Hertling hat im bayerischen Reichsrath der Auffassung ansdrücklich widersprochen, daß von der Einführung des Befähigungsnachweises das Heil des Handwerks zu erwarten sei. Aber auch aus den Kreisen der Handwerker liegen mir Urtheile gegen den Befähigungsnachweis vor, so von der Dachdecker- und Schieferdecker-Zunft, die der Meinung ist, derselbe würde nur zu Feindschaft und zu Zerwürfnissen innerhalb des Handwerkerstandes führen.

Loke (Reformp.): Man habe jetzt schon weit nach links eingesehen, daß etwas für den deutschen Mittelstand geschehen muß. Die Sozialdemokraten wollten freilich davon nichts wissen, denn der Befähigungsnachweis könnte ja ihren Umsturzbestrebungen entgegenwirken. Vorläufig bestehn das ehrsame Handwerk noch, aber

lange dürfe die Hilfe nicht mehr ausbleiben, soll es nicht ein Opfer des Industrie- und Konfektions-Jubelthums werden.

Schneider (FvP.) kam in den Anträgen und den in der Debatte gegebenen Anregungen kein Heil für das Handwerk erblickend, ebensowenig in den Handwerkerkammern. Ohne den noch zu schaffenden Unterbau zu kennen, sei ein Urtheil über sie unmöglich. Bei der Zwangsinnung werse sich sofort die schwierige Frage auf, wie man die einzelnen Gewerbe auf die Zünften vertheilen solle. Die Vorschläge der Regierung erweckten nur Hoffnungen, die sich dann nicht erfüllen würden.

Kühn (SD.): Zunächst erwidere ich Herrn Loke; auf die Judenheererei, die er auch bei dieser Gelegenheit wieder zu etablieren versucht, gehe ich nicht ein. Er sagte: wir auf der linken Seite fürchten uns vor der Handwerkerfrage, die Furcht sei unsere Verachterin in diesem Punkte. Gerade das Gegentheil ist wahr. Den Parteien auf der Rechten, die nun schon ein Jahrzehnt mit den Handwerkern kreben gehen, wird von der Furcht vor dieser Frage ihre Haltung vorgezeichnet. Mich muthet dies so an, als wenn jemand durch einen früheren Wald zu gehen hat und die Furcht wandelt ihn an, so pfeift er oder er singt möglichst laut, um sich die Furcht zu vertreiben. Genau das Gefühl habe ich bei dem Verhalten des kapitalistischen Parteien zur Handwerkerfrage. Denn von der Ueberzeugung, daß ihre Mittel wirklich geeignet sind, dem Handwerkerlande zu helfen, werden die Herren wohl kaum durchdrungen sein. Herr Loke bedauerte es, daß die Regierung nichts thut und „uns rothe Brüder“ weiter am Umsturz arbeiten läßt. Wir Sozialdemokraten arbeiten gar nicht an dem Umsturz der Gesellschaft von heute, das thut die angelich haatverhaltenden Parteien mit ihren Anfechtungen gegen die Arbeiter. Unsere Stellung zur Handwerkerfrage steht seit Jahren fest. Feindschaft gegen wir nicht gegen das Handwerk, wo sollte die bei uns herkommen? Aber wir wollen keine nutzlose Arbeit verrichten. Außerdem enthalten die Handwerkerkammern und die Zwangsmaßnahmen eine gewisse Feindschaft gegen den Arbeiterstand. Wenn die Handwerker einen natürlichen Bundesgenossen haben, so ist es der Arbeiterstand, das Proletariat. Es ist nicht zu bestreiten, daß die Feindschaft des Handwerks hinter uns liegt. Man muß doch zugeben, daß das Handwerk zu den verschwindenden Dingen gehört, daß es im Absterben ist. Diese absterbende Gesellschaftsklasse hat in der That in dem frisch aufstrebenden Proletariat seinen besten Bundesgenossen. Statt dessen versuchen konservative und Centrum das Handwerk nach anderer Richtung zu drängen. Natürlich machen wir diese Experimente nicht mit. Der Befähigungsnachweis, die Zwangsmaßnahmen, auch die Handwerkerkammern werden dem Handwerk wenig oder gar nichts nützen, denn gerade der Konkurrenzneid bringt den einzelnen Handwerksmeister des einzelnen Ortes in feindselige Stimmung gegen den anderen. Daher kommt das Resultat, das die Zünften an vielen Orten gezeigt haben. Was thut die Regierung? In den Zunftversammlungen behält man sich meist mit den jetzt schon übermodernen gewordenen Rechts auf verschiedene hochgestellte Persönlichkeiten und dann mit einigen sehr nebenjähligen Dingen. Es ist die reine Zunftspielerei, die sich jetzt breit macht. Geipielt wird nur mit Worten, durch die That wird nichts bewiesen. Selbst in Zentrumsstädten, wie in dem schlesischen Neurade, wo es sehr viel Zunftschwärmer giebt, werden von der Stadt Submissionen ausgeschrieben, bei denen der ehrsame Handwerker immer zu kurz kommt. Mit dem bloßen Gefühl ist es eben nicht gethan. Die Macht der That scheidet, die billige Offerte kann nur ein Großer stellen. Mit dem Befähigungsnachweis und den Zwangsmaßnahmen haben wir ja bis in die sechziger Jahre unsere Erfahrungen gemacht. Woran sind denn diese Einrichtungen zu Grunde gegangen? Einfach an ihrer eigenen Korruption. Sie waren zum Kinderpott geworden. Glauben Sie, daß es jetzt anders werden würde? Ich kann es nicht glauben. Wenn ich sehe, wie sich das Großkapital und der Großgrundbesitz zum Schutzpatron des Handwerks anwirft, muß ich immer an den Wolf und das Lamm denken. Großkapital und Großgrundbesitz sind es, die den Ruin des Handwerks herbeiführen und wenn sie sich gleichzeitig als Beschützer des Handwerks aufspielen, so ist das eben mehr, als ich zu fassen vermag, auch als ich für zulässig halte. Wie viele Kleinbetriebe mögen krippen und Stumm in sich aufgenommen haben, ehe sie zu der heutigen Riesenausdehnung gelangten und das sind nur zwei Einzelfälle. Herr v. Böttcher will dem Handwerk den goldenen Boden zurückgeben, aber ebenso wenig wie die Goldmacher des Mittelalters etwas erreichen, werden Sie im Stande sein, den goldenen Boden wiederzugewinnen. Die Regierung scheint ja heute eine Schwentung gemacht zu haben. Man will offenbar mitthun mit der Mehrheit des Reichstags. Ich fürchte nur, es wird nicht viel herauskommen, trotz der Hilfe der Regierung. Durch den Befähigungsnachweis lassen sich z. B. Bauunglücke nicht verhüten, obwohl die Bauen von geprüften Baumeistern aufgeführt werden. Herr Megner hat zugegeben, daß jährlich tausende Handwerker verschwinden. Seitdem sich der Reichstag mit der Handwerkerfrage beschäftigt, haben wir hier in Deutschland 10 000 selbstständige Handwerker weniger, die alle vom Großkapital unterdrückt worden sind. Mit jedem Tage sehen das die Handwerker auch ein und kommen allmählich zu uns. Redner geht des Näheren auf die Ausbeutung des Lehrlings und auf die zur Beseitigung der Gefängnisarbeit vorgeschlagenen nutzlosen Mittel ein. Es wäre eine ganz unbedingte Grausamkeit gegen den Gefangenen, die Gefängnisarbeit ganz abzuschaffen. Nur ein Mittel gebe es: Die Zahl der Gefangenen herabzusetzen. Dazu sei aber die heutige Gesellschaft aber außer Stande, im Gegentheil, unter ihrer Herrschaft nehme die Arbeitslosigkeit erschreckend zu und diese verurtheile die meisten Verbrechen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Nach einem Schlusswort des Abg. Kropatschek werden die Anträge Kropatschek auf Einführung des Befähigungsnachweises und der Antrag Camp, betr. Handwerkerkammern, angenommen.

Vor dem Haus in die Diskussion der Anträge über die Konsumvereine eintritt, erklärt Staatsminister von Böttcher, daß die Regierung in einigen Wochen einen Gesetzentwurf über diese Materie einbringen werde.

Wenn sich der Entwurf auch nicht in allen Punkten mit den Forderungen der Antragsteller deckt, so bitte er doch, die Diskussion bis dahin auszusetzen.

Die Antragsteller sind mit der Absehung ihrer Anträge von der heutigen Tagesordnung einverstanden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Novelle zum Posttarif. Vinuenschiffahrts-Gesetz. Schluß 5 1/2 Uhr.

## Die Kommission zur Verathung der Umsturzvorlage

trat gestern Vormittag um 10 Uhr zu einer Sitzung unter Vorsitz des Abg. Böttcher (N.) zusammen. Es entspann sich zunächst eine längere Debatte darüber, ob die Abstimmung über den § 111 sofort oder erst später vorgenommen werden soll. Zunächst wird über den Absatz 1 des § 111 abgestimmt, welcher lautet: „Wer auf die im § 110 bezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat.“ Dieser Absatz wird einstimmig angenommen. Absatz 2 von § 111 lautet: „Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis 600 Mark oder Gefängniß bis zu einem Jahre, und sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, Gefängnißstrafe bis zu 3 Jahren ein. Die Strafe darf jedoch der Art oder dem Maße nach keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedrohte.“ Abg. Leuzmann (FvP.) beantragt für den Fall der Annahme der zweiten Hälfte des ersten Satzes (betr. Erhöhung der Gefängnißstrafe bei der Aufforderung zu einem Verbrechen) folgende andere Fassung: „Sofern es sich um die Aufforderung zu einem Verbrechen handelt, kann die Gefängnißstrafe bis auf 3 Jahre erhöht werden.“ Dieser Antrag wird gegen 2 Stimmen (Leuzmann und Mundel) abgelehnt.

Abg. Spahn (Z.) beantragt, vor „Gefängnißstrafe“ einzufügen „Geldstrafe bis zu 2000 Mk.“

Dieser Antrag wird mit 13 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Darauf wird auch der Absatz 2 in der Fassung der Regierungsvorlage mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt, sodas also nur Absatz 1 bestehen bleibt.

Es folgt die Diskussion über § 111a, welcher lautet: „Gegen Denjenigen, welcher auf die im § 110 bezeichnete Weise ein Verbrechen oder eines in den §§ 113 bis 115, 124, 125, 240, 242, 253, 303, 317, 321 vorgesehener Vergehen anreizt oder als erlaubt darstellt, finden die Strafverordnungen Anwendung, die nach § 111, Absatz 2, für den Fall der Aufforderung zur Begehung einer solchen strafbaren Handlung gelten.“

Geh. Rath von Seckendorff bemerkt zur Begründung des § 111a: Seit Jahren werde in der Presse und in Versammlungen in ungeheurer Weise aufgereizt. Demgegenüber sei die neue Vorlage nothwendig. Das Bedürfnis sei unzweifelhaft vorhanden. Er behält sich vor, demnachst noch neuer Material zur Begründung dieser Paragraphen vorzulegen. Der Paragraph solle nicht Leistungen der Wissenschaft und Kunst treffen. Die Tendenz sei ganz klar in den Motiven der Vorlage gezeichnet, es werde der Dolus, die Rechtswidrigkeit der Absicht, vorausgesetzt, doch lasse sich das, was Alles darunter zu verstehen sei, nicht im Gesetz deutlich zum Ausdruck bringen. Auch die Oberstaatsanwälte seien befragt worden, ehe man die Vorlage eingebracht habe. Die Berichte derselben bekennen, daß die betr. Verbrechen in sehr ausgedehntem Maße, besonders von der sozialdemokratischen Presse, verübt werden, und es leider an einer gelegentlichen Handhabe dagegen fehle. Der „Wahre Jakob“ soll die Ermordung Carnots verherrlicht haben. Redner verliest hochverrätherische und aufreizende Aeußerungen der „Freiheit“, betr. die Ermordung Anstifters in Frankfurt a. M., die Hinrichtung der Anarchisten in Chicago, die als Mord bezeichnet wird. In Frankfurt a. M. habe man kürzlich in einer sozialdemokratischen Versammlung die Taktik der russischen Nihilisten verherrlicht. In Altona seien im vorigen Jahre Kammern der „Autonomie“ vorbereitet worden. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ habe die Opfer des Bergarbeiterstreiks gefeiert und zu Unterstützungen der Angehörigen derselben aufgerufen. In andern sozialdemokratischen Blättern sei der Meineid im politischen Prozeß verteidigt und empfohlen (?) worden. Das „Halle'sche Volksblatt“ habe die Polizeibeamten, welche gegen Arbeitslose einschritten, „Ordnungsbanditen“ genannt. Das anarchische Organ „Die Rache“ sei in Elberfeld in mehreren Exemplaren gefunden worden. Es werde darin Mord, Diebstahl und jegliches andere Verbrechen als erlaubt, ja als eble That gepriesen. Die Verherrlichung des Attentats auf Carnot im „Wahren Jakob“ findet der Redner in einem Bilde mit der Aufschrift: „Gefegnet sei die Bombe.“

Minister von Köller giebt die Erklärung ab, daß in dem vom Abg. Frohme geführten Protokoll der gestrigen Sitzung seine Aeußerungen über Neuz nicht richtig wiedergegeben seien. Der betreffende Passus des Protokolls lautet: Minister von Köller befreitet, daß die Polizeibeamten Verbrechen anstiften. So lange er Einfluß auf die Polizei habe, werde er das nicht dulden. Aber es sei unter Umständen nöthig, Mittheilungen zu erhalten von Leuten, welche scheinbar die Umstürzbewegung mitmachen, aber nicht damit einverstanden sind. Deshalb sei auch eine Mittheilung der Quellen, aus denen die Regierung informiert werde, nicht angängig. Er könnte den Sozialdemokraten Parteigenossen nennen, die der Regierung Mittheilungen zugehen ließen. Der von Behel erwähnte Neuz habe lange genug bei der Sozialdemokratie im warmen Neste gesessen. Die Regierung lasse allerdings von ihm sich Mittheilungen machen.

Minister von Köller behauptet, die letzte Aeußerung nicht gemacht zu haben.

Abg. Frohme verwahrt sich energisch gegen diese Erklärung und versichert, daß er die Aeußerungen des Ministers genau so wiedergegeben habe, als dieselben thatsächlich gefallen seien. Redner bezeugt den Protest des Ministers gegen die betreffende Stelle im Protokoll als einen bloßen.



Ordnungsruf des Vorsitzenden.  
Er ohne Beharrt bei dieser Erklärung und legt dann den Schriftführerposten nieder.

Es entspinnt sich nun eine längere und lebhaftere Debatte über die Frage der Abfassung und Behandlung des Protokolls.

Rebel und Auer verteidigen die Fassung Frohmes als korrekt, sie habe nach den Erklärungen des Ministers gar nicht anders lauten können.

Auch der Abg. G. v. d. H. (R.) versichert auf Grund sofort gemachter Notizen, daß auch er die öffentliche Meinungsäußerung so wie Frohme aufgefaßt habe.

Rebel fordert die Hinzufügung von Stenographen zwecks genauer Aufnahme der Verhandlungen und erneuert sein schon früher gestelltes Verlangen, daß die Regierung ihr gesamtes Beweismaterial vorlegen bzw. den Mitgliedern der Kommission durch Berufsfähigkeit zugänglich machen solle.

Der Vorsitzende Dr. W. D. (L.) bedauert, daß derartige Verhandlungen sofort aus der Kommission heraus der Presse zur Veröffentlichung übergeben werde.

Abgeordneter Auer weist die Angriffe des Geheimen Raths von Seidenborn auf den „Wahren Jacob“ zurück. Dieser habe kein anarchisches Attentat verbrochen, genau das Gegenteil sei der Fall. Die betr. Illustration sei eine Satyre auf die Art und Weise, wie es bürgerlichen Blättern beliebt habe, sich mit dem Attentat Caserio's zu beschäftigen.

Herr Nieberding erklärt, daß die Oberstaatsanwälte in Düsseldorf und Köln über das betreffende Bild des „Wahren Jacob“ auch die Auffassung gehabt hätten, es solle damit das Verbrechen verherrlicht werden.

Abg. v. Stumm ergeht sich in längeren Bemerkungen über Neuß, von dem er glaubt, daß Neuß die Wahrheit sage, wenn er behauptet, daß er von der Sozialdemokratie verleumdet werde.

Rebel erwidert, daß Abg. v. Stumm sich geradezu zum Vertheiliger des notorischen Falschzeugen gemacht habe.

In Fortsetzung der Debatte zu § 111a erklären sich v. Köllner und Nieberding bereit, das Material der Regierung als Beilage zum Protokoll herzugeben. Die Diskussion wird geschlossen, die Abstimmung noch ausgesetzt. Die nächste Sitzung findet Freitag Vormittag statt, es soll alsdann zunächst über das Prinzip der Strafbarkeit der Vertheidigung von Verbrechern, demnächst über jedes einzelne Detail diskutiert und abgestimmt werden.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Kommission für das neue bürgerliche Gesetzbuch wird, wie der Geheimrath Pfand, Mitglied der Kommission, mitgetheilt hat, in diesem Jahre noch ihre Arbeit beendigen, so daß das Werk im nächsten Jahre dem Reichstag zugehen könne. Wollen's hoffen.

Die Umsturzdebatten im Reichstage erinnern daran, daß unsere Reaktionen stets dieselben bleiben. Im Jahre 1849 ließ bereits Valerian Graf Pfeil auf Schloß Scharfeneck in der Grafschaft Glatz eine Schrift „Der Reaktionär“ los, in welcher er ähnliche Register, wie die jüngst im Reichstage erklungenen, aufzog. „Da es“, schrieb er, „in der menschlichen Natur liegt, das Schlechte immer eher zu glauben, als das Gute, die Pöresse sich also in den Stand gesetzt sieht, sehr leicht Jemandem fälschlich Ehre und Reputation zu rauben, ohne je das Verlorene wieder schaffen zu können, so möge ein Preßgesetz erscheinen, welches für Preßvergehen sogar die Vollstreckung der Todesstrafe beantragen kann.“ — „Warum ließen wir“, so schreibt er, „es so weit kommen, daß der Verbrecher über den rechtlichen Mann gestellt wird? Heut zu Tage müssen zu Hunderttausenden die Köpfe durch das Schwert der Gerechtigkeit fallen, damit zu Millionen die Köpfe vor dem Beil des Unrechts geschützt bleiben.“ Das Großartige jedoch leistete sich Graf Pfeil in seinen Ausführungen über die ebenfalls im Reichstage schon angeregte Deportation. Er will „Alles, was Proletariat heißt“, deportieren, sowohl was keine Arbeit finden kann, als was arbeitscheu ist. „Man schließe mit England oder Rußland einen Vertrag, ihne einen ungeheuren Griff in das Staatsvermögen, transportire das hier nicht mehr unterzubringende Proletariat, auch ohne dessen Einwilligung, in entvölkerte Landstriche genannter Reiche, wo der Boden kulturfähig und das Klima ein zu ertragendes ist. Gleichzeitig rüste man alle diese Menschen mit den Mitteln aus, die ihnen unumgänglich notwendig sind, um sich dann durch ihrer Hände Arbeit weiter fort zu helfen. Wer sich nun noch der Faulheit überläßt und dabei zu Grunde geht, um den braucht nach meiner Ansicht der Staat sich keine Vorwürfe zu machen; das hieße die Verpflichtung über die Gebühr ausdehnen. Die zu dem Vorschlage nöthige Summe kann sich leicht auf 100 Millionen Thaler belaufen und eine besondere Steuer für viele Jahre erheischen, aber sie wird sich rentiren. Greift man zu diesem Mittel nicht, so würde nach aufgezehrtem Besitz ein allgemeines Morden entstehen, eine Zeit, von der ich uns so schon nicht mehr weit entfernt glaube.“ Man habe ihm gesagt, fügte der edle Graf hinzu, bei solchem Verfahren werde zwar Ruhe, aber die Ruhe des Kirchhofes eintreten. Er glaube, diese Kirchhofsruhe liege jetzt im Wunsche von Vielen. Der Gedanke eines einigen Deutschlands war dem Grafen sogar eine Tollhaus-Erfindung. „Preußens stolze Nationalität“, schrieb er, „soll mit aller Gewalt in der eines Deutschlands, eines einigen Deutschlands, also in einem Absurdum (Blödsinn) untergehen. Unser Name wird im Auslande nicht mehr geachtet, wohl aber geschmäht und verlacht. Unsere Finanzen müssen schlecht werden, denn wir sind die Säckelmeister für die Chimärischen und in Tollhäuslerköpfen entsprungenen Ideen eines einigen Deutschlands.“

Eine Konstitution ist nach Ansicht des Grafen Pfeil ein Unglück. Der König müsse absoluter Herr bleiben. So oft er es für gut erachte, lasse er einen ständischen Landtag zusammentreten; der Landtag aber habe nur eine beratende, niemals aber eine bewilligende Stimme. Der Landtag's-Marschall

musse das Recht und die Pflicht haben, Mitglieder, welche das Ministerium angreifen, sofort auszuschießen; fernere Verfügungen über ein solches Subjekt fallen dem königlichen Ermessen anheim. Bei hochverrätherischen Reden und Vorschlägen gelte dasselbe. Dem König müsse es zustehen, den Landtag ohne Angabe von Gründen aufzulösen und auch erst nach seinem Ermessen wieder einzuberufen, auch ohne Angabe von Gründen jedes einzelne Mitglied zu verwerfen und dafür ein anderes einzuberufen. Die Minister bleiben unverantwortlich. Das Recht der Steuererhebung hafte an der Person des Königs; er legt die Steuern auf ohne Nachweis, wie das Geld verwendet worden ist. — Es ist ein Glück, daß die Macht der Verhältnisse immer stärker ist, als die Reaktionen verneinen.

Nicht servil genug sind die Lehrer von Kammin gewesen als Puttkamer, der Oberpräsident von Pommern, von der silbernen Hochzeit Köllers im September 1894 zurückkehrte, stattete er auch Kammin einen Besuch ab. Jedenfalls um ihm seine Unterwürfigkeit zu zeigen, wollte der Bürgermeister dieser Stadt den Herrn Oberpräsidenten mit einigen Gesängen des Domchors erfreuen. Alle Lehrer nun, mit Ausnahme eines einzigen, erschienen nicht, obwohl sie sonst freiwillig zeitweise mitsingen. Darüber waren natürlich einige hyperloyale Spießer höchst enttäuscht, und der „Streit“ der Lehrer mußte fürchterlich gerochen werden. Man machte ihnen ein hochnothwendiges Halsgericht. Der Kreis Schulinspektor war zwar der Meinung, daß das Singen im Domchor nichts mit dem Amte der Lehrer zu thun habe, und theilte diese seine Ansicht der hohen Behörde mit. Einige Zeit nachher wurde er jedoch durch die königl. Regierung angewiesen, fünf Lehrer der Stadtschule zu Protokoll zu nehmen. Die Herren wurden einzeln vernommen, und es wurden ihnen verschiedene Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Die Fragen hatten ungefähr folgenden Wortlaut:

1) Hat der Herr Oberpräsident v. Puttkamer in seinem früheren oder jetzigen Verhalten den Lehrern gegenüber Anlaß gegeben, daß nach innerer Ueberzeugung es ihnen nicht möglich war, bei seiner Anwesenheit in Kammin im Domchor mitzusingen, und haben Sie zu Dritten über Ihre etwaigen Gründe gesprochen?

2) Welches sind die Gründe?

3) Wollten Sie durch Fernbleiben vom Singen im Domchor eine Demonstration bezwecken?

Da das Singen im Domchor bisher in das freie Belieben der Lehrer gestellt war (sie sangen, wenn es ihnen beliebte, oder unterließen es auch; es war zumeist eine Art Gefälligkeit gegen den Leiter des Chors), so brachten sie in dem Verhör zum Ausdruck, daß sie weder amtlich noch kontraktlich verpflichtet seien, im Domchor mitzusingen. — Auf den weiteren Ausgang dieses Halsgerichtes darf man gespannt sein. Mit Recht kann die „Volkstztg.“ behaupten: „Daß von dem Reichsgericht in dem Sitz bleiben bei einem Hoch eine Beleidigung des zu Ehrenden erblickt wird, ist ja hinlänglich bekannt. Soll nun etwa auch eine Beleidigung darin erblickt werden, wenn sich Jemand nicht dazu verstehen will, zu Ehren eines Dritten zu singen? In welcher Stimmung die Mehrzahl der preussischen Lehrer an die Zeit des Kultusministeriums Puttkamer zurückdenkt, das geht mehr als zur Genüge aus der unabhängigen pädagogischen Fachpresse hervor.“

Zu dem Kanitz'schen Monopol-Vorschlag, der immer noch spuken geht, schreibt Rudolf Meyer, der ein geschworener Robbertianer und guter Kenner der landwirthschaftlichen Verhältnisse, in der Harden'schen „Zukunft“:

Den Kanitz'schen Vorschlag halte ich für ganz unannehmbar. Jeder Zoll, oder ein Monopol, oder eine Maßregel, die allgemein den Getreidepreis erhöht, kommt dem Grundbesitzer um so mehr zu Gute, verhältnißmäßig und auch absolut, je größer sein Besitz ist, begünstigt also den großen gegenüber dem mittleren und kleinen Besitzer und ermöglicht es ihm, jene auszufaufen. Das geschieht auch schon lange. Auf die Wirkung der Schutzzölle hütet man sich aufmerksam zu machen, doch sind die Latifundien von je mehr als 5000 Hektaren in dem östlichen Preußen mit vierzig Jahren von weniger als 1200 000 Hektare auf über 1 600 000 Hektare gewachsen, man kann sagen, um rund 1/2 Million Hektare. Zweitens beträgt schon jetzt der Getreidepreis 50 und mehr Prozent mehr in Preußen, als der Weltmarktpreis ist, dessen sich z. B. England und Holland erfreuen; er beträgt fast doppelt so viel wie der Getreidepreis in Rußland und Amerika. Natürlich vertheuert er die Lebenshaltung der deutschen Industriearbeiter und benachtheiligt schon schwer die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegen jene Englands, Amerikas und Rußlands. Und nun bedenkete man, was daraus werden soll, wenn der Antrag Kanitz durchginge, wonach Weizen in Deutschland 21,6 Mk. überall mindestens, in Süddeutschland aber noch mehr, und Roggen mindestens 16,5 Mk. je 100 Kilo kosten sollen! Ich denke, Graf Kanitz hat sich gar nicht vergegenwärtigt, daß der Weltmarktpreis für Weizen 8 1/4 bis 8 1/2 Mk. in England und Holland, in Amerika und Rußland 7—8 Mk., der Roggenpreis 7 1/2 Mk. auf dem Weltmarkt — in Holland — und ca. 5 Mk. in Rußland ist. Sogar in Paris kostet Weizen nur 12 Mk. und Roggen 9 Mk. (Die auswärtigen Getreidepreise sind meist der Uebersicht der Getreidepreise im November, wie sie die „Kreuz-Zeitung“ publizirte, entnommen. Um den 15. bis

17. Dezember hat eine Veränderung stattgefunden und danach steht Weizen in Paris (14,6) etwas höher als in Berlin (13,5), aber Roggen, die Hauptbrotsfrucht Deutschlands, in Paris (9,2) niedriger als in Berlin (11,4 Mk. Lieferungsqualität). Hält Graf Kanitz es für möglich, daß Deutschland auch nur einige Jahre fast um das Doppelte höhere Preise für Getreide ertragen kann als Frankreich, zwei- bis dreimal höhere als England, Amerika und Rußland? Das müßte in kurzer Zeit jeden Export von Industriewaaren vernichten und dadurch die deutsche Industrie ruinieren, worauf dann der Ruin der Landwirtschaft gewiß folgen würde. Wer einen Blick auch nur auf diese brutalen Zahlen wirft, wird mir wohl zustimmen, daß wir fausse route (falschen Weg) machen, wenn wir durch hohe Preise Landwirtschaft und Grundbesitz „saniren“ wollen, die sich um so verschuldeten, je höher die Preise waren.

Hans Blum auf dem Kriegspfade. Der streitbare Don Quixote der Nationalliberalen, der kleine Sohn des großen Vaters, der Geburtsheifer der „Lügen“, Dr. Hans Blum — wer kennt ihn nicht — zieht auf's Neue aus, um unsere Partei „tödter“ zu machen. Er druckt in der „Magd. Ztg.“, der Ablagerungsstätte Blum'scher Phantastien, unter dem bombastischen Titel:

„Enthüllungen über die Beziehungen des Generals Boulanger zur deutschen Sozialdemokratie“ Stellen ab aus der Vertheidigung Boulangers gegen die Anklageschrift vor dem Staatsgerichtshof im Jahre 1889. Danach hat Boulanger ausgesagt, daß er aus den geheimen Fonds seines Ministeriums eine Summe entnommen hat für die Zeitung „Avenir national“. Er habe ein Organ zur Verwendung haben wollen, welches ihm unter dem Deckmantel auswärtiger Korrespondenten eine Beihilfe gewähren sollte, Agenten zu erhalten, die mit den Sozialdemokraten eines gewissen Landes Verbindungen unterhielten, sodaß er auf ihre Dienste zählen konnte an dem Tage, der dem Ausbruch des Krieges vorausging. Um in diesem Blatte Leute zu haben, die an der Sozialdemokratie theilgenommen hatten, habe er eine solche Zeitung gebraucht, deren Mitarbeiter er handeln und schreiben lassen konnte, ohne daß sie auch nur eine Ahnung hatten von dem Ziel, dem man zustrebte.

Das sind „alle Kammellen“, die längst gedruckt und gegen uns gar nichts, rein gar nichts beweisen. Ernsthafte Politiker haben diesen angeblich sensationellen „Enthüllungen“ niemals Werth beigelegt. Allerdings, „Mitter von der traurigen Gestalt“, wie Blum, bedürfen solches Material, weil sie aus eigener Kraft nicht im Stande sind, auch nur an einem Punkte des Sozialismus zu rütteln. Die „Enthüllungen“ beweisen Blum's Geistesarmut und — seine Angst vor der Sozialdemokratie. Sogar Eugen Richter heißt auf den Blum'schen Speck nicht an; und das will etwas heißen. Auch die „Volkstztg.“, ein trotz aller Segnerschaft wenigstens ernst zu nehmendes Blatt, schreibt:

„Gegen die Sozialdemokraten beweisen sie nichts, gar nichts. Es geht aus ihnen nur hervor, daß Boulanger angeblich — denn wer glaubt einem solchen Abenteuer überhaupt ein Wort? — den Plan hatte, an die Sozialdemokraten heranzugehen. Daß er aber mit diesem abnerben Beginnen Erfolg gehabt hätte, darüber schweigt Herr Blum.“

Wie begreifen sehr wohl, daß Hans Blum in Folge der vielen verlorenen Schlachten, die er gegen die Sozialdemokratie geführt hat, nachgerade an einer Art — Verfolgungswahn leidet. Auch mögen die vielen Neinfälle, die er in Prozessen gegen Zeitungen unserer Partei erlebt hat, ihr gut Theil dazu beigetragen haben. Blum wird aber doch nicht verlangen wollen, daß jemand ihn ernst nehmen soll, wenn er mit solchem Beweismaterial kommt. Den Grund dafür, daß Blum den Boulanger'schen Münchhausfaden so viel Werth beimißt, glauben wir darin zu erkennen, daß Blum und Boulanger in einer Hinsicht geisterverwandte Natur sind: Im Bumbum machen; im Sonstigen stand Boulanger wohl noch einen Zoll höher als Blum.

Ueber Ehren-Neuß wird dem „Vorwärts“ noch das folgende mitgetheilt: „Der ehemalige Leiter des Klubs Autonomie erfreut sich nicht bloß im Reichskanzler-Amte, im Reichsamte des Innern und im preussischen Ministerium des Innern weitgehenden Entgegenkommens, er ist auch beim Vorschafte der Vereinigten Staaten hoch angesehen. Er übernimmt es auch regelmäßig, im Auftrage des Vorschafsters den zum Besuche herüber kommenden steinreichen Amerikanern Berlin zu zeigen. Auffallend ist seine Anwesenheit bei den Manövern. Ob er militärische Geheimnisse Deutschlands an die Amerikaner bei den auffallenden Reisen verräth, wissen wir nicht.“ Herr Neuß war Dienstag nicht auf der Journalistentribüne des Reichstages zu sehen.

Ein Biermonopol für das Reich — das ist die neueste Frucht am Baume national-liberaler Steuerweisheit. In der Nummer vom 21. Januar des „Hildesheimer Kuriers“ entwickelt der Ritterautbesitzer H. Vibraus in Wendhausen, der sich, wie an der „Volkstztg.“ Hildesheim schreibt, bisher zur nationalliberalen Partei bekannt hat, ein neues Steuerprogramm zu Ehren der nothleidenden Landwirtschaft. Das Programm geht dahin, daß „wir“ auf eine Einnahme aus dem Zucker zu Gunsten der Reichsfinanzen verzichten, und die gesammte Verbrauchsabgabe so lange als Prämie verwenden, als irgend ein anderes, wesentlich in Betracht kommendes Land eine Prämie auf Zucker zahlt. Ist



das erreicht, so hört die Prämie auf, aber auch die Verbrauchsabgabe, denn Zucker ist ein Nahrungsmittel, dessen Konsum in Deutschland sich um die doppelte Menge steigert, wenn erst das Pfund gemahlene Kaffinade 13 Pfg. kostet. Den Ausfall an der Zuckersteuer sollen das Bier und der Tabak decken. Beide sind als Genussmittel, Luxusartikel in des Wortes verwegener Bedeutung und daher sehr zweckmäßig zur Schaffung der Staatskosten zu verwenden. Immer maßloser und frecher in ihren Forderungen werden die oberen Zehntausend. Volk, sei auf der Hut!

Ein Agrarier, Herr Beyme, fordert die Verdoppelung der Zuckerprämie und eine Margarine-Verbrauchssteuer, ein anderer, Herr Dehn, befürwortet in der „Kreuzzeitung“ ein staatliches Brot- und Getreidemonopol. Die Junkerschaft wird sehr fecht.

Die deutsche überseeische Auswanderung über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam stellte sich nach den Ermittlungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes im Dezember 1894 und im gleichen Zeitraum des Vorjahres folgendermaßen:

über	Dezbr. Jahr		Dezbr. Jahr	
	1894		1893	
Bremen	510	17 269	962	39 852
Hamburg	716	16 297	650	30 510
andere Häfen	—	—	—	646
Deutsche Häfen aus	1 226	33 566	1 612	71 008
Antwerpen	221	4 158	205	11 532
Rotterdam	52	1 332	28	1 738
Amsterdam	8	122	2	180
Uebershaupt	1 507	39 178	1 847	84 458

Aus deutschen Häfen wurden im Jahre 1894 neben den vorgenannten 33 566 deutschen Auswanderern noch 52 760 Angehörige fremder Staaten befördert. Davon gingen über Bremen 30 230, Hamburg 22 530.

**Bodenbesitz-Reform in den Kolonien.** Dem Reichskanzler ist eine Denkschrift des Bundes für Bodenbesitz-Reform zugegangen, in der das Ersuchen gestellt wird, den Grund und Boden in den deutschen Kolonien und Schutzgebieten nicht in großen Strecken an Private zu veräußern oder zu verschenken, sondern ihn nur zu verpachten. Gehe der Boden der Kolonien zu billigen Preisen für immer an Private über, so hätten diese allein den Nutzen, das deutsche Reich aber die Lasten der Kolonialpolitik. Die deutschen Kolonien enthielten zum Theil werthvolle und ansiedlungsfähige Gebiete und die einheimischen Erfahrungen mit dem gegenwärtigen Eigenthums- und Pfandrecht sprächen nicht zu dessen Gunsten. Die Erfahrungen mit der bisherigen Eigenthumsordnung sprechen allerdings durchaus nicht zu Gunsten eben dieser Eigenthumsordnung. Trotzdem wird der Bund für Bodenbesitz-Reform seinen Wunsch nicht erfüllt sehen. Der Staat, an den dies Verlangen gestellt wird, müßte nicht das ausführende Organ der gegenwärtigen, lediglich auf dem Privateigenthum aufgebauten Gesellschaft sein, um solche Dinge, wie sie da von ihm verlangt werden, in sein Programm aufnehmen zu können.

### Belgien.

Zur inneren Lage. Jede neue in Belgien stattfindende Deputirtenwahl beweist, so schreibt der ausgezeichnete unterrichtete Brüsseler Berichterstatter der „Vossischen Ztg.“, das Anwachsen der sozialistischen Strömung im Lande; immer neue Wählerkreise schließen sich infolge der reaktionären Politik des Ministeriums De Burlet den Sozialisten an, so daß die Sozialistenpartei von Erfolg zu Erfolg schreitet. Bemerkenswerth ist es, daß unter den sozialistischen Deputirten sich drei Volksschullehrer, Demblon, Roger und Berloz, befinden, ein neuer Beweis, daß in den belgischen Lehrerkreisen der durch das klerikale Schulregiment herbeigeführten schlimmen Lage der Lehrer die sozialistische Strömung immer weitere Ausdehnung findet. Selbst die katholische Presse gesteht heute ein, daß in den bisher dem Klerus treuergebenen flandrischen Landbezirken der Sozialismus Anhänger gewinnt und im Wahlkreise Thuinais den Wählerversammlungen der Bauern die Marxeillaise und Rufe „Es lebe die Republik“ ertönten. Um so siegesfreudiger und fühner schreitet die sozialistische Arbeiterpartei vor; ihr Generalrath hat beschlossen, einen entschlossenen Widerstand gegen die reaktionären Maßnahmen der Regierung und ihrer gefügigen Mehrheit im ganzen Lande in die Wege zu leiten. In jeder Gemeinde Belgiens wird ein Aufruf angeschlagen, der die Nation zum Widerstande aufruft, Einspruch gegen die sofortige Uebernahme des Kongostaates ohne eine Befragung des Landes und ohne eine ernste Prüfung der Lage des Kongounternehmens erhebt und zum Kampfe für die Erringung des allgemeinen uneingeschränkten Stimmrechts bei den Gemeindevahlen aufruft. Der Beschluß des Ministeriums, das preussische Dreiklassenwahlrecht für die Gemeindevahlen in Belgien einzuführen, soll „mit Gewalt“ abgewehrt werden und das Organ der Partei, der „Peuple“, kündigt „die Vorbereitung eines Generalausstandes an, wie ihn Belgien noch nicht erlebt hat. Dieses entschlossene Vorgehen der Sozialistenpartei gewinnt besondere Bedeutung, weil die katholischen antisozialistischen Arbeiter sich auch eine Verkümmern ihres Gemeindevahlrechtes nicht gefallen lassen wollen und den Beschluß gefaßt haben, in dieser Frage mit den Sozialisten Hand in Hand zu gehen.

### Frankreich.

In Toulouse ist wegen der bekannten Wahlfälschungen der Stadtrath aufgelöst worden und gestern hat die

Erfassung stattgefunden. Die radikal-sozialistische Liste siegte mit rund 14 000 Stimmen über die Liste der Gemäßigten und Konservativen, die 10 500 Stimmen erhielt.

### Amerika.

**Brooklyn.** Zu dem Streik der Straßenbahnbeamten wird der „Nat. Ztg.“ von einem Kenner der dortigen Verhältnisse geschrieben: „Es wäre ein Irrthum, anzunehmen, daß die Unterstützung, welche den Streikenden von Seiten der Bevölkerung zu Theil wird, aus den Kreisen derer kommt, welche sich stets bei Krawallen einzufinden pflegen. Die erhöhte Lohnforderung der Straßenbahnbediensteten in Brooklyn war nur der äußere Anlaß für weiteste Kreise der Bevölkerung, ihrem Unmuth gegen die Bahngesellschaft Ausdruck zu geben. In Brooklyn ist das sogenannte Trolley-System vollständig durchgeführt: der elektrische Betrieb der Niveaubahnen durch Zuführung des Stromes von oben. Bei der kolossalen Schnelligkeit, mit der die Wagen fahren, sind zahllose Todesfälle durch Ueberfahren herbeigeführt worden; so groß ist die Zahl der Opfer, daß sie nach Hunderten berechnet wird. Die Wuth der Bevölkerung gegen die Gesellschaft aber ist darauf zurückzuführen, daß die letztere es verabsäumt hat, Schutzmaßregeln, die in großer Zahl vorhanden sind und dem Massenmorde vorbeugen würden, anzubringen. Aus dem Strife der Angestellten hat sich somit eine Bekämpfung der Straßenbahn-Gesellschaft durch die Bevölkerung überhaupt entwickelt.“

### Lübeck und Umgegend.

24. Januar.

**Vom Stadt- und Landamte.** Der Senat hat den Obersteuerkontroleur P. F. A. Oberländer zum Inspektor bei dem Stadt- und Landamte und den Ranglisten am Steuerbureau F. W. H. Schulte zum Kontroleur bei dem Stadt- und Landamte ernannt.

**Zum Vertrauensmann der Elbschiffahrts-Vereinsgenossenschaft** für den Kreis Herzogthum Lauenburg, Segeberg, Fürstenthum und Stadt Lübeck für die Zeit vom 1. Oktober 1894 bis dahin 1896 ist H. Scherneck und als Ersatz Kapitän F. Burmester, beide zu Lauenburg, erwählt worden.

**Bürgerausschuß.** Sitzung vom 23. Januar 1895. Es lagen der heutigen Sitzung nur zwei Anträge vor und zwar will der erste die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten ermächtigen, die Leitung der Stadtwasserleitung zu verlängern und in der Eschwegstraße eine Kapelle zu errichten nach Maßgabe eines Kostenaufschlages des Major Fink vom 20. Dezember 1894. Zu diesem Zweck soll der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten die Summe von 1300 Mk. zur Verfügung gestellt werden. Dem Antrage wird die Mitgenehmigung erteilt. Der zweite Antrag betrifft ebenfalls die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten. Er will dieselbe zur Rückzahlung der Kosten für die Herstellung der Gasleitung in der Blücherstraße mit 949,78 Mk. und der Wasserleitung ebendasselbst mit 1777,28 Mk. an den Maurermeister J. Oldenburg hier selbst ermächtigen. Auch dieser Antrag wird mitgenehmigt. Es wurde nun in die Verathung des von einer Kommission vorbereiteten Gesetzentwurfes zur Regelung der gesetzlichen Fischereiverhältnisse in den öffentlichen Gewässern eingetreten. Nach längerer Verathung wurde der Entwurf an die Kommission zurückverwiesen und der Senat beauftragt, ein Gutachten von einem auswärtigen Sachverständigen über den Entwurf einzuholen. Die Senatsvorlage, betreffend die Einleitung von Auswurfstoffen in die Außenwadezeit wurde abgelehnt und dafür an den Senat das Ersuchen gerichtet, die Verjüngung der Stadt mit Grundwasser nach dem Sinterstein System in Erwägung zu ziehen.

**Bericht vom Arbeitsnachweis des Verbandes deutscher Zimmerleute in Lübeck.** Es feierten vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1894 90 Zimmerer, das macht 12 856 Stunden oder einen Lohnausfall von 5785,20 Mk. aus. Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1894 feierten insgesamt 263 Angehörige unseres Gewerbes, das macht 37 481 Stunden oder einen Lohnausfall von 16 218 Mk. 83 Pf. Diese Aufstellung kann insofern keinen Anspruch auf vollständige Genauigkeit machen, weil ein großer Theil der Feiernden es leider unterlassen hat, sich bei der Arbeitsnachweisstelle des Verbandes zu melden; die Zahl ist demnach noch entsprechend höher zu schätzen. Inwiefern aber wirft diese Statistik schon auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse ein grelles Licht.

Die neuerbaute Viehmarkthalle ist bereits provisorisch in Benutzung genommen, weil der Zutrieb von Vieh in den letzten Wochen ziemlich stark war. Die offizielle Uebergabe soll am 1. Februar stattfinden.

Ein Stück Alt-Lübecker Lebens wurde Dienstag aufgefischt. Das Amt der Stecknifahrer, eine der sehr wenigen Zünfte, die noch fest am Alten kleben, feierte im Amtshause, Hartengrube, in üblicher Weise das Fest der „Kringelhöge“.

**Stadttheater.** Morgen gelangen „Die lustigen Weiber von Windsor“ zur Aufführung. „Wie die Alten sangen“ wird Sonntag zum ersten Male aufgeführt und zwar wird Fräulein Reichenbach von Berlin als Anna-Diese und Herr Le Seur, der von seiner Krankheit wieder genesen ist, den Fürsten Leopold geben. — (Bemerkung: In unserer gestrigen Rezension hat uns der Druckfehlerentweller einen Streich gespielt: es muß Runze, statt Rünge, heißen.

Die Zahl der Schüler und Schülerinnen in den 17 hiesigen Unterrichtsanstalten betrug Ostern 1894 13874. Von diesen besuchten 2074 Privatschulen und 11800 öffentliche. Die Gesamtausgabe für die öffentlichen Schulen betrug 608,169 Mk. 23 Pfg. An Geld für Schulbauten wurde 91505 Mk. ausgegeben.

**Unlauterer Wettbewerb.** Die Handelskammer setzte eine Kommission ein, die sich gutachtlich über den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs äußern soll. Der Kommission gehören an: J. H. Evers, J. Th. T. Farms, E. F. W. Rabe, J. E. Sauermann und H. G. Scharff.

Ein frecher Diebstahl wurde am verfloffenen Sonnabend an einem Maschinenschlosser, welcher sich auf dem Heimwege von Krempeledorf nach hier befand, verübt. Er wurde so schwer mißhandelt, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte und zur Zeit erwerbsunfähig ist.

**Fahrenflüchtig.** Der Musketier Spanier der 9. Kompagnie 2. Hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 76, welcher für Sonntag den 13. d. Mts. von Lübeck nach Hamburg zum Besuch von Verwandten beurlaubt war, ist bis jetzt nicht zurückgekehrt, weshalb der Verdacht der Fahnenflucht vorliegt.

**Schwartau.** Aus dem Stalle des Schornsteinfegermeisters L. ertönte vor einigen Tagen Hüfferei. Sofort fanden sich Leute ein und öffneten sich Thüren und Fenster in der Nachbarschaft. Man war neugierig, was dort vorging. Und siehe da! Frau Meisterin sammt ihren ehrenwerthem Gemahl bearbeiteten den wehrlosen Gesellen, die Meisterin mit dem Leuwagenstiel. Ein Zeuge bekundete, daß dem Gesellen die Augen fast aus dem Kopf hervorquollen. Der Grund? Der Gehilfe war in betrunkenem Zustande nach Hause gekommen. So geschahen 1895 im Luftkurort Schwartau.

Die Genossen von Kensefeld, Schwartau und Umgegend werden dringend ersucht, diejenigen Kaufleute und Gewerbetreibende berücksichtigen zu wollen, welche in unserer Zeitung inseriren, sowie Abonnent derselben sind. In folgenden Gastwirthschaften liegt der „Volkssbote“ auf: In Schwartau: Frau Clasen, Aug. Timm, F. Strampfer, Harold hat abbestellt. Auf Trems H. Schnoor. In Kensefeld: J. Sternberg, A. Rötting, H. Ulge. Vertrauenspersonen sind: Fr. Jürgens in Kensefeld und G. Vagemühl in Schwartau.

**Riel.** Die Hinrichtung des Raubmörders Ehlers ist gestern Morgen 7 1/2 Uhr auf dem Hofe des hiesigen Gerichtsgefängnisses in der Ringstraße durch den Scharfrichter Reinbel aus Magdeburg vollzogen worden.

**Altona.** Gehört eine Uhr zu den der Pfändung nicht unterliegenden Sachen? Diese Frage unterlag der Beurtheilung des hiesigen Landgerichts und es hat sie bejaht. Ein Arbeiter aus Elmshorn hatte sich wegen strafbaren Eigennuzes zu verantworten. Er hat, als er im Oktober Miethe schuldig war und ohne Mietbezahlung auszog, außer verschiedenen nach dem neuen Gesetz über das Zurückbehaltungsrecht der Vermiether nicht der Zurückbehaltung unterliegenden Sachen auch eine Uhr mitgenommen, weshalb er sich des strafbaren Eigennuzes schuldig gemacht haben sollte. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß der Angeklagte die Uhr nicht mitnehmen durfte, bevor er nicht die Miethe bezahlt hatte und beantragte drei Tage Gefängniß. Das Landgericht jedoch war anderer Meinung als der Staatsanwalt. Da jetzt der Arbeiter stets zu einer bestimmten Zeit zur Arbeit sein müsse, erklärte das Landgericht, so müsse er auch wissen, wie es in der Zeit sei, und gebrauche zu diesem Zweck nothwendig eine Uhr. Mithin gehöre die Uhr zu den unentbehrlichen Sachen, welche der Pfändung nicht unterliegen. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

**Hamburg.** Veruntreuung bei der Dynamit-Aktien-Gesellschaft. Von dem Vorstande der Dynamit-Aktien-Gesellschaft, vormals Alfred Nobel u. Co., wird dem „Hamb. Corresp.“ folgende Mittheilung gemacht: „Der Haupt-Buchhalter und Kollektiv-Prokurist der Gesellschaft, Carl Zander, welcher seit 24 Jahren im Dienste der Gesellschaft stand, hat einen Betrag von etwa Mk. 750,000 veruntreut. Ob die Gesellschaft diesen Verlust zu tragen hat oder wegen Fälschungen der Unterschrift des Mitprokuristen, welche stattgefunden zu haben scheinen, der Verlust auch auf Dritte entfällt, wird die inzwischen eingeleitete Untersuchung gegen den verhafteten Zander ergeben müssen. Der Vorstand und der Aufsichtsrath halten sich für verpflichtet, gleichzeitig zu erklären, daß sie bei der Generalversammlung beantragen werden, den Verlust aus den vorhandenen reichen besondern Reserven zu entnehmen, so daß eine Schmälerung der Dividende für das verfloffene Geschäftsjahr vermieden wird.“ — Wie der „Hamb. Corresp.“ weiter erfährt, hat Zander in sehr großem Umfange an der Fondsbörse spekulirt, und zwar mit kolossalem Verlust. Der Anfang seiner Defraudation liegt offenbar schon einige Jahre zurück; er hat dieselben geschickt verschleiert. Zander soll namentlich in Kredit- und Oesterreichischen Staatsbahnaktien à la baisse bei einigen hiesigen Maklern spekulirt haben. Er hat, um die Differenzen zu decken, Checks auf das Bankkonto der Gesellschaft gefälscht und ausgezahlt erhalten. Zander der im 68. Jahre steht, ist seit 1871 Prokurist der Gesellschaft und hatte u. A. das Bankgeschäft zu erledigen; er ist am Sonnabend Abend in seiner Wohnung verhaftet worden.

Ueber die Auswanderung mecklenburgischer Lehrer wird der „Pr. Lehrztg.“ geschrieben: Nach einer uns vorliegenden Statistik haben in den letzten vier Jahren 48 fürstliche, 11 ritterliche Lehrer und 10 Schulassistenten den diesseitigen Schuldienst verlassen und ungleich besser dotirte Stellen in Berlin, Hamburg, Lübeck, Kopenhagen zc. angenommen. In jüngster Zeit wird die Auswanderung der Lehrer dadurch wesentlich erschwert, daß die Regierung von den scheidenden Kollegen die gezahlten Vergünstigungen des Internats, für fünf Jahre



500 Mk., sofort in einer Rate zurückfordert. — Solange die Lehrer noch unter so entwürdigenden Verhältnissen in Mecklenburg leben müssen, wird auch die Auswanderung anhalten, trotz aller Schreckmittel.

**Bülow.** Kunstlerelen. Ein reisendes Künstlerpaar, das ohne Mittel war, mußte mit einem Nachtlager im Kuhstall zu Tarnow bei Bülow fürlieb nehmen. Hier in der Dunkelheit und in der Gesellschaft von Mäusen wurde ihm ein Kind geboren, und weil die Weiterreise nicht lange unterbrochen werden konnte, so wurde die Taufe schon am Tage darauf vollzogen. — O wie ist doch die Welt so schön!

### Neueste Nachrichten.

**Berlin.** Eine von etwa 600 Personen besuchte anarchische Versammlung beschäftigte sich am Dienstag wiederum mit der Frage der Umwandlung der Gewerkschaften in Arbeitergenossenschaften. Ein Herr Wiehe befürwortete in längerer Rede die Nothwendigkeit, die Idee endlich zur Ausführung zu bringen und mit der Gründung von Produktivgenossenschaften dem Sozialismus die praktische Aufgabe zu übertragen, das kapitalistische Unternehmertum zu beseitigen. Die meisten Redner

erklärten sich mit diesen Ausführungen im Prinzip einverstanden. Sie glaubten jedoch nicht an einen Erfolg. Beschlüsse wurden, weil den anarchischen Grundtendenzen zuwider, nicht gefaßt.

**Athen.** Das Kabinet Trikupis hat seine Entlassung eingereicht.

### Briefkasten.

**E. S. Gewiss** hat der Hauswirth in diesem Falle ein Recht zum Betreten der Wohnung.  
Einer im Namen vieler. Ich habe in diesem Jahre um Erlassung der Einkommen-Steuer für ein Quartal nachgesucht und auch erhalten. Bin ich dadurch meines politischen Rechtes, falls dieses Frühjahr eine Reichstagswahl stattfindet, verlustig gegangen? — Durchaus nicht.

### Lübecker Getreidepreise.

23. Januar.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund:

Weizen.	11 Mk. 50 Pf. bis 12 Mk. 70 Pf.
Roggen.	11 " " " 11 " 50 "
Gerste.	10 " " " 11 " " "
Hafer.	10 " 50 " " 11 " 50 "
Erbsen.	11 " 50 " " 12 " " "
Gelbe Hocherbsen.	16 " " " 17 " " "
Grüne.	16 " " " 17 " " "

### Sterschaus-Biehmarkt.

Hamburg, 23. Januar.

Der Schweinehandel verlief langsam. Zuführt wurden 1340 Stüd, davon vom Norden — Str. d. vom Süden — Stüd. Preise: Verlandtschweine schwere 45—47 Mk., leichte 43—45 Mk., Sauen 38—42 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

### Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

**Angelommen:**  
Mittwoch, den 23. Januar.  
1.— u. N. D. Adler, Fischer, von Wismar in 4 Std.  
3,25 u. N. D. Falke, Epler, von Fehmarn in 4 Std.  
Donnerstag, den 24. Januar.  
7,40 u. N. D. Imatra, Schöning, von Hangö in 60 Std.  
8,15 u. N. D. Orpheus, Reife, von Pillau in 66 Std.  
**Abgegangen:**  
Mittwoch, den 23. Januar.  
11,15 u. N. D. Vivabia, Wendt, nach Wismar.  
6.— u. N. D. Najaden, Möller, nach Kopenhagen.  
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,83 u. W., mäßig.

### Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Marie Louise ist am 23. Januar von Neval auf hier abgedampft.  
D. Finland ist am 23. Januar von Hangö auf hier abgedampft.  
D. Erave ist am 23. Januar von Neval auf hier abgedampft.  
D. Alpha ist am 23. Januar von Frederikshavn in Dusefel angelommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**E. Lamprecht's Etablissement**  
Johannisstraße 25  
hält seine Lokalitäten bestens empfohlen.

Beste frische Butter, Pfd. 105 und 110 Pf.,  
frische Eier, 9 Stück 60 Pf., 19 Stüd. 120 Pf.,  
geräucherte Landmettwurst, Pfd. 100 Pf.,  
dicken fetten Speck, Pfd. 70 Pf.,  
Griebenschmalz, sehr schön schmeckend, Pfd. 60 Pf.,  
geräucherte Schweinsköpfe, Pfd. 45 Pf.,  
Schmalz zum Backen, Pfd. 45 und 60 Pf.,  
geräucherten Schinken, Pfd. 1,10 Mk.,  
große Parthie sehr gute Pflanzen, Pfd. 10 Pf.  
empfehlen **J. F. D. Götke,**  
Kupferstrichmederstraße 7.

**Barthie gebr. Caffee,**  
Pfund 1 Mk.  
(bei Abnahme von 5 Pfd. billiger), empfiehlt  
**August Vietig**  
45 Fischergrube 45.

Reines Lederseil,  
Dose 10 Pf.  
empfehlen **August Vietig**  
45 Fischergr. 45.

**Gute frische Butter**  
Pfd. 95 Pf., empfiehlt  
**Johs. Prehn,** Arähenstraße 32.

**3. 1. April eine Wohnung zu verm.**  
Kenzefeld. **Bäfer Dietrich.**

Im Verlage des „Vorwärts“, Berlin SW.,  
Dentschstraße 2, ist erschienen und durch die  
unterzeichnete Expedition zu beziehen:  
**Des Seemanns Leben und Leiden.**  
Zur Warnung für Die aus dem Binnenland,  
Zur Mahnung für Die von der „Waterkant“.  
Nach attemmäßigen Belegen getreu der Wahr-  
heit geschilbert.  
8<sup>e</sup> 65 Seiten mit Illustration.  
Preis 40 Pfg., Porto 5 Pfg.  
In keinem kapitalistischen Betriebe ist die  
Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft so  
raffiniert schamlos und grauam, wie im  
Schiffahrtsgewerbe, nirgends wird mit Leben,  
Ehre und Gesundheit der Arbeitskräfte so  
gehilflos und umsonst wie hier, nirgends  
ist der Arbeiter so wehrlos den Mißhand-  
lungen brutaler Vorgesetzter ausgesetzt, als  
auf „unseren“ Schiffen. In zwölf Kapiteln  
verbreitet die Schrift an Hand von attem-  
mäßig jeffehenden Vorkommnissen klares  
Licht über diese Leiden zu wenig gekannten  
Thatsachen und zeigt zugleich den Weg, den  
die ausgebeuteten Seelente beschreiten müssen,  
wenn sie eine Besserung ihrer Lage herbei-  
führen wollen.  
Die Kapitel lauten: Was wollen wir? —  
Der Seemannsberuf und das Kapital. —  
Behandlung der Seelente an Bord. — Die  
Seemannsordnung ist kein genügender Schutz  
der Seelente. — Die Disziplinargewalt des  
Kapitäns und der Schiffsoffiziere. — Recht-  
sprechung des Seemannsamtes. — Aus-  
beutung der Seelente. — Seelentverkäufer.  
— Lugas und Elend an Bord. — Auf-  
Seelente vereinigt auch.  
**Expedition des Lübecker Volksbote**  
Große Allee 35/37.

# Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erlästung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie: **Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung**

zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, welches in Folge eigenartiger und sorgfältiger Zusammensetzung von Kräuterausfug auf das Verdauungsstystem eine anregende, stärkende und belebende Wirkung ausübt und dessen Heilkraft sich bei Krankheiten, die aus „schlechter Verdauung“ und hieraus entstandener schlechter und mangelhafter Nahrung hervorgegangen sind, vorzüglich bewährt hat. Es ist das seit Jahren durch seine ausgezeichneten Erfolge rühmlichst bekannte

### Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der

## Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.

Dieser Kräuter-Wein, aus vielfach erprobten und heilkräftig befundenen Kräuter-säften mit gutem Wein bereitet, ist das beste Verdauungsmittel; derselbe ist kein Abführ-mittel, sondern stärkt und belebt den ganzen Verdauungsorganismus des Menschen. Kräuter-Wein schafft eine regelrechte naturgemässe Verdauung nicht allein durch vollkommene Lösung der Speisen im Magen, sondern auch durch seine anregende und läuternde Wirkung auf die Säftebildung. Derselbe beseitigt alle Störungen in den Blutgefäßen, wodurch das Blut von allen verdorbenen krankmachenden Stoffen gereinigt wird, und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden solche Magenübel meist schon im Keime erstickt, man sollte also nicht säumen, seine Anwendung allen anderen scharfen, ätzenden, Gesundheit zerschöndenden Mitteln vorzuziehen. Alle Symptome, wie: Kopfschmerzen, Auf-stößen, Sodbrennen, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen, die bei chronischen (veralteten) Magenleiden um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt und um so freudiger wird man damit fortfahren bis zur vollkommenen Besehung.

**Bei Stuhlverstopfung,** wo die verbrauchten, verrottenen, zum größten Theil in Fäulnis (Zäunriß) übergegangenen Stoffe, wie: Speisereste, Galle, Darmchleim, die Eingeweide entzündet und nicht nur Verstopfung, Kolik-schmerzen, Herz klopfen, Schlaflosigkeit, sondern auch Blutausflüsse in Leber, Milz und Harntrakt (Hämorrhoidalleiden) verursachen, schwächen Abführmittel den Magen, zerschören die Verdauungssäfte und verschlimmern das Uebel je länger je mehr. Kräuter-Wein aber behebt alle Unverdaulichkeit, verleiht dem Verdauungsstystem einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl alle unangenehmen Stoffe aus dem Magen und Gedärmen, ohne ein Abführmittel zu sein!

**Sageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung,** meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Nut-zung, Übung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher Appetitlosigkeit, unter nervöser Abspannung und Gemüthsverstimmung, sowie häufigen Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten, siechen oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördert die Verdauung und Ernährung, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beruhigt die erregten Nerven und schafft den Kranken in Folge ausgiebiger Ernährungsfähigkeit gesundes Blut, neue Kräfte und neues Leben. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dieses.

### Gebrauchsanweisung ist jeder Flasche beigegeben.

Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à Mk. 1,25 und 1,75 in Lübeck in den Apotheken (Depôts: Adler, Löwen- u. Sonnen-Apothek) und in Reinfeld, Oldesloe, Schönberg, Rakeburg, Ahrensböhl, Schwartau, Travemünde, Gleschendorf, Fuhlsbüttel, Daffow, Gredesmühlen, Rehna, Blankensee, Rüsse, Mölln, Trittau, Ahrensburg, Segeberg, Neustadt, Plön, Lütjenburg, Oldenburg i. S., Remmishagen, Heiligenhafen, Cismar, Altona, Hamburg u. s. w. in den Apotheken.

Auch versendet die Firma „Hub. Ulrich, Leipzig, Weststraße 82“, 3 und mehr Flaschen Kräuterwein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und fristfrei.  
Mein Kräuter-Wein ist kein Geheimmittel; seine Bestandtheile sind: Malagawein 450,0, Weinsprit 100,0 Glycerin 100,0, destillirtes Wasser 240,0, Ebereschensaft 150,0, Kirschsaft 320,0, Fenchel, Nis, Helenenwurzel, amerik. Kraftwurzel, Enzianwurzel, Kalmuswurzel aa 10,0.

**Central-Hallen**  
Sonntag den 3. Februar:  
**Gr. Volksmaskerade**  
verbunden mit  
**Kappenfest für Zuschauer.**  
Alles Nähere die Plakate und Annoncen.

**Gebrannter Caffee**  
pr. Pfd. 1 Mk.  
**H. Scharnweber,** Mühlentstraße 89.

**August Vietig** liefert vorzügliche gebr. Caffees, wozu auf d. Hausfrauen aufmerksam gemacht werden.  
Fischergrube 45.

**Frau Otte, Hebamme**  
wohnt jetzt:  
**Neue Meierstraße 39**  
(Ecke der Hansastr.)

Sonntag den 27. Januar:  
**Ansicht von vorzüglichem Actien-Bock-Bier.**  
Freunde und Gönner ladet freundlichst ein  
**H. Stehr, Wallstraße.**

**General-Versammlung**  
der  
**Kranken- u. Sterbefälle „Amicitia“**  
(E. S. Nr. 18)  
am Sonnabend den 26. Januar 1895  
Abends 9 Uhr  
im **Concordia-Garten.**  
L.-D.: 1. Abrechnung vom verfloffenen Halbjahr.  
2. Vorstands- und Revisorenwahl.  
3. Aenderung der §§ 2, 4 und 12.  
4. Verschiedenes. Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiterverband**  
Einladung zum  
**Ball und Kappenfest**  
am Sonntag den 3. Februar 1895  
im Lokale des Herrn Dassler, Colosseum.  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Entree 50 Pf., eine Dame frei.  
**Das Fest-Comité.**

**Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.**  
Zahlstelle Lübeck.  
**Mitglieder-Versammlung**  
am Freitag den 25. d. Mts.  
im Lokale des Herrn Lecke, Lederstraße 3.  
L.-D.: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1894.  
2. Verschiedene Anwesenheiten.  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.  
Die Ortsverwaltung.

**Stadttheater in Lübeck.**  
Freitag den 25. Januar:  
73. Abonnements-Vorstellung. 1. Serie: Blau.  
Freitag-Abonnement Nr. 12.  
Anfang 7 Uhr. Oeprenpreise.  
**Die lustigen Weiber von Windsor**  
Sonnabend den 26. Januar:  
74. Abonnements-Vorstellung. 2. Serie: Gelb.  
Anfang 7 Uhr. Oeprenpreise.  
**11. Gastspiel**  
von Fräul. Hermine Reichenbach.  
Zum 11. Male:  
**Madame Sans-Gêne.**  
Sonntag:  
**Wie die Alten tungen.** (Neuheit)  
Lustspiel in 4 Akten von Carl Niermann.  
Annalisse — Fräulein Reichenbach a. G. Fürst.  
Leopold — Herr Ed. Le Gaur.



## Mehr als der fünfte Theil aller Menschen

stirbt in Preußen noch immer vor Zurücklegung des ersten Lebensjahres. Bei den Knaben ist die Sterblichkeit größer, als bei den Mädchen. Die neueste Nummer der „Stat. Anz.“ berichtet über die Kindersterblichkeit im preussischen Staat u. A.:

„Die Häufigkeit der Sterbefälle unter den im ersten Lebensjahre stehenden Kindern hat im preussischen Staate während der letzten achtzehn Jahre keine wesentliche Veränderung erfahren und war bei den Knaben wie bei den Mädchen im Jahre 1892 sogar noch etwas höher, als im Jahre 1875. Um richtige, wirklich vergleichungsfähige Zahlen für die Höhe der Kindersterblichkeit während des ersten Lebensjahres zu gewinnen, genügt die Vergleichung der Zahl der in einem bestimmten Jahre Lebendgeborenen mit den während desselben Jahres vor ihrem vollendeten ersten Altersjahre Gestorbenen nicht. Diese sehr häufig angewandte Berechnungsweise beachtet nämlich nicht, daß ein Theil der Geborenen am Jahreschlusse ihr erstes Altersjahr nicht vollendet hat und deshalb auch noch im Laufe des nächsten Kalenderjahres innerhalb der bezeichneten Altersgrenzen den Tod finden wird, sowie daß unter den Gestorbenen ein Theil nicht in demselben, sondern bereits in dem vorhergehenden Jahre geboren worden ist. Durchschnittlich sind vom Tausend der in den Jahren 1875 bis 1892 lebendgeborenen Knaben 222,4, von den Mädchen 190,8 vor der Vollendung ihres ersten Altersjahres gestorben, wobei vom Tausend der Knaben 157,1 im Geburtsjahre und 65,3 im darauf folgenden Jahre, von den Mädchen 133,3 im Geburtsjahre und 57,5 im folgenden Jahre den Tod fanden. Die einzelnen Geburtsjahrgänge zeigen nicht unbeträchtliche Verschiedenheiten, welche indessen nicht durch das Auftreten epidemischer Krankheiten, sondern durch klimatische Verhältnisse bedingt worden sind. Die Sterbefälle der im ersten Lebensjahre stehenden Kinder werden durch Krankheiten der Verdauungsorgane so überwiegend veranlaßt, daß der ursächliche Zusammenhang zwischen ihrer Häufung in der Zeit der höchsten Luftwärme und den dann häufiger als sonst bei der Ernährung vorkommenden Versehen (verdorbenes Milch u. s. w.) wohl nicht bezweifelt werden kann. Andauernde, in die Zeit der höchsten Hitze fallende Regenperioden, welche die Säuglinge vom Aufenthalte im Freien fern und in der oft verdorbenen Luft der Wohnräume zurückhalten, mögen die Sterblichkeit dann noch steigern. Diphtherie, Krup, Keuchhusten, Scharlach, Masern und Röttheln kommen bei Kindern dieses jarten Alters als Todesursache fast gar nicht in Betracht.“

Unzulänglich wie alle bis jezt aufgenommenen Statistiken ist auch diese. Es wäre eine äußerst dankbare Aufgabe gewesen, in dieser Statistik zu zeigen, wie gerade die besitzlosen Klassen mit dem größten Prozentsatz an der Sterblichkeit theilhaftig sind. Die unzureichende

Nahrung, die schlechten Wohnungsverhältnisse, die gesamte schlechte Klassenlage rafft den größten Theil der Säuglinge des Proletariats hinweg. Mit der Hebung der Arbeiterklasse wird auch dieses Schandmal unserer Kultur — die hohe Sterblichkeit der Kinder — verschwinden.

## Sozialdemokratischer Parteitag für die Provinz Schleswig-Holstein, Herzogthum Lauenburg, Fürstenthum Lübeck und freie Hansestadt Hamburg.

I.

Sonntag Nachmittag 4 Uhr nahm in Flensburg, Gasthaus „Hoheluft“ der Parteitag für vorbezeichnete Landschaften seinen Anfang. Nach den üblichen Begrüßungsformen fand die Bureauwahl statt. Als Vorsitzende wurden gewählt Lienau-Neumünster und Blume-Hamburg. Nach dem Berichte der Mandatsprüfungskommission waren 63 Delegirte, für 59 Ortschaften anwesend, außerdem 8 Vertreter der Presse und Pressekommision. Auch eine Frau war als Delegirte anwesend. Nach Erledigung kleinerer, lediglich formeller Angelegenheiten begann die Berathung der Tagesordnung. Blume-Hamburg führte den Vorsitz.

1. Abrechnung und Bericht der Agitationskommission. Lienau-Neumünster verwies auf die gedruckte Abrechnung.

Verschiedene der Kommission vom vorigen Parteitag gegebene Aufträge hätten sich als undurchführbar erwiesen, weil die Mittel nothwendigerweise zur sonstigen Agitation hätten verwendet werden müssen. Wegen Abschaffung der Gefindeordnung sei mündliche Agitation getrieben worden, hätte aber nicht die erhofften Früchte getragen, namentlich wegen des Lokalmangels auf dem Lande. Der „Volkskalender“ habe im Allgemeinen seine Wirkung nicht verfehlt. Man möge in Zukunft der Kommission nicht nur Aufträge, sondern auch mitunter eine Postanweisung zugehen lassen. Nicht immer dürfe man sich auf die großen Städte als milchende Kuh verlassen, sondern die Provinz müsse sich selbstständig zu machen suchen; den Hamburgern gebühre ihre die Unterstützung Dank. Die Agitation für weitere Einführung der „Vordwacht“ habe hohe Kosten verursacht, dagegen geringe Früchte gebracht. Es sei zu rathen, in Zukunft von solchen Massenverbreitungen Abstand zu nehmen. An einzelne Kreise seien zahlreiche Broschüren u. abgegeben worden. Die Kommission hielt die Verbreitung weiterer Flugblätter für überflüssig, zumal auch durch den Genossen Kühn-Langenbielau eine Agitationstour durch die Provinz unternommen worden sei, wobei man namentlich die kleinen Orte berücksichtigt habe. Vom „Volkskalender“ seien 120,000 Exemplare verbreitet worden, doch werde sich empfehlen, eine eventuelle künftige Verbreitung etwa im Monat September stattfinden zu lassen. Der Kalender habe sich als eine gute Waffe bewährt. Von Herausgabe einer Broschüre in dänischer Sprache habe man abgesehen, da die nordschleswig'sche Bevölkerung, namentlich die jüngere Generation, der deutschen Sprache mächtig sei. Die Unterstützungsgesuche dreier Genossen seien berücksichtigt worden, während die

anderer Genossen abgelehnt werden mußten. Doch hätte sich herausgestellt, daß man von dem einen Nachsuchenden hintergangen worden sei. Es sei darauf aufmerksam zu machen, daß die einzelnen Kreise nicht auf's Blaue hinein Broschüren bestellen, sondern erst genau prüfen, ob das Material aufgebraucht werden könne. Zu seinem Bedauern müsse er aussprechen, daß außer vom siebten und neunten Kreise der Kommission keine Berichte zugegangen seien, wie es doch vorgeschrieben sei. Doch sei der Berichter der Kommission mit den Kreisen ein lebhafter gewesen, was aus der Zahl der erledigten Korrespondenzen zu ersehen sei. Der neu zu wählenden Kommission möge man mit regem Interesse zur Seite stehen und ihr namentlich mit Geldmitteln unter die Arme greifen. Wollte man dem Sozialismus mehr Eingang verschaffen, so müsse man ev. auch den letzten Groschen dafür hergeben, namentlich im Hinblick auf die vielleicht schon in diesem Jahre bevorstehende Reichstagswahl. Man dürfe sich doch nicht nur auf die großen Orte stützen; auch die kleinen müßten mit allen Kräften mitwirken, damit endlich die Provinz auf eigenen Füßen stehen könne.

Grünwaldt-Hamburg erfuhr, daß der Genosse Lienau der Sitzung der Revisionskommission anwohne. Der soeben gehörte Bericht sei insofern traurig, als die Provinz in pekuniärer Beziehung fast gar nichts gethan habe. Er wisse nicht, ob Hamburg in Zukunft noch so wie bisher beibringen könne. Hamburg habe im ersten Halbjahr 800 Versammlungen in der Provinz auf seine Kosten mit Referenten versorgt. Man solle die Anträge nicht so leicht annehmen, sondern auch an die Mittel denken. In Hamburg seien die Einkünfte in Folge der traurigen wirthschaftlichen Verhältnisse auch nicht mehr so groß.

Koenen-Hamburg empfahl, daß die Agitationskommission in Zukunft auch ihre Stellung zu den vorliegenden Anträgen darlege. Er müsse empfehlen, in Rücksicht auf die finanzielle Lage alle Anträge auf Herausgabe des Kalenders abzulehnen. Den letzten habe Hamburg allein bezahlt. Man müsse in Betracht ziehen, daß wir unser Geld doch noch zu Besseren verwenden könnten, als für einen Kalender. Allerdings gefalle der Kalender ja den Landleuten, weil sie ihn nämlich gratis bekommen; über den Inhalt hätten sie sich jedoch nicht geäußert. Der dritte Hamburger Kreis habe in Folge seiner großen Lasten kein Geld nach Berlin senden können. Wohin solle das führen?

Berard-Hamburg pflichtete den Ausführungen des Vorredners bei und ermahnt unter Hinweis auf die politische Lage zu größter Sparsamkeit. Die Verbreitung des Kalenders sei nicht, wie beschlossen, nur in den bisher unzugänglichen Bezirken geschehen, sondern in einer Weise, die einer Verschleuderung gleichkomme.

Ein Genosse aus dem östlichen Holstein erklärte, daß in seiner Gegend keine andere Agitation möglich sei, als durch Schriften. In Heiligenhafen sei die Verbreitung des „Volkskalenders“, die unter großen Schwierigkeiten geschehen, nutzbringend gewesen. Was nun die pekuniären Opfer betreffe, so müsse er konstatiren, daß in seiner Gegend die Leute beim Dreschen nur 60 bis 70 Pf. verdienen, womit sie ihre Familie erhalten müßten.

Kellermann bemerkte, daß die ländlichen Genossen die Verbreitung des Schriften unentgeltlich besorgten, was

## Treu wie Gold.

Novelle von Brutus.

(26. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Am Nachmittage des folgenden Tages wurde Paul, weil er gegen seine Verhaftung das Rechtsmittel der Beschwerde eingelegt hatte, zum Untersuchungsrichter geführt. In dem Gerichtszimmer befand sich auch Herr Kurzberger, der um eine Unterredung mit dem Gefangenen nachgesucht hatte. Die großen Augen richteten sich mit einem halb strengen, halb mitleidigen Blick auf den Eintretenden. Paul hielt den Blick ruhig aus und murmelte einen leisen Gruß. Er wollte unterfangen und frei auftreten, aber der schwere Verdacht, welcher auf ihm lastete, drückte ihn unwillkürlich nieder und verließ seinem Wesen etwas Gepreßtes.

„Sie haben gegen Ihre Verhaftung Protest eingelegt,“ sagte der Richter. „Womit wollen Sie diesen Protest begründen?“

„Mit meiner Unschuld, Herr Richter.“

Dieser lächelte fein.

„Ein offenes Geständniß würde Ihnen von größerem Nutzen sein, als dies hartnäckige Leugnen. Sie kennen die Gründe, welche Ihre Inhaftirung veranlaßt haben. Dieselben sind so zwingender Natur, daß auch nicht der leiseste Zweifel an Ihrer Thäterschaft obwalten kann. Sie kannten die Art und Weise, das betreffende Schloß zu öffnen. Nicht wahr?“

Paul nickte, während seine Blicke im Zimmer umherschweiften. Wenn sie denen des Prinzipals begegneten, so versenkten sich die beiden Augenpaare für eine Sekunde ineinander.

„Außer Ihnen mußte nur noch eine Person darum, die betrefft der Thäterschaft in Betracht kommen könnte, nämlich der Sohn Ihres Herrn Prinzipals, Herr Eduard Kurzberger. Derselbe befindet sich jedoch seit einigen Wochen nicht mehr im elterlichen Hause, hat dasselbe auch inzwischen nicht wieder betreten.“

„Ich weiß es, Herr Richter.“

„Wer anders könnte also der Thäter sein, wenn nicht Sie?“

„Ich bin nicht der Thäter.“

„Sie leugnen, die That begangen zu haben, wie das gewöhnlich der Fall ist. Si fecisti, nega — Sie kennen vielleicht soviel Latein, um dies zu verstehen.“

„Ich kann nur wiederholen . . .“

„Haben Sie vielleicht eine dritte Person im Verdacht, den Diebstahl ausgeführt zu haben?“

„Selbst wenn dies der Fall wäre, Herr Richter, so wäre es doch immerhin nur ein Verdacht, den ich wohl kaum zur Gewißheit erheben könnte . . .“

„Das würde dann Sache der Untersuchungsbehörde sein.“

„Außerdem würde es mich schlecht kleiden, den Verdacht von mir abzulenken auf eine andere Person, die vielleicht ebenso schuldlos ist wie ich.“

Der Richter fixirte ihn einige Augenblicke durch die Gläser seiner Brille.

„Ich wüßte auch nicht, wen anders der Verdacht mit einiger Berechtigung treffen könnte.“

„Ich gebe zu, daß die Verdachtsmomente gegen mich gravirender Art sind, wenn es auch vielleicht schwer denkbar ist, daß ein Dieb sich ruhig und harmlos an einer Hochzeitsfeier und demnächst an einer Vergnügungstour betheiligt . . .“

„Wunderbar ist es allerdings und weicht von dem gewöhnlichen Usus ab, aber außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt es nicht. Sie können Ihre Gründe zu einem solchen Verfahren gehabt haben.“

„Außerdem, selbst wenn ich der Dieb wäre, so konnte ich mir die baldige Entdeckung des Diebstahls nicht verhehlen und die Wahrscheinlichkeit, daß mich an erster Stelle der Verdacht treffen würde. Wäre es da nicht psychologisch unerklärbar, daß ich das Weite gesucht haben würde?“

„Sophistereien!“ murmelte der Richter.

„Man hat auch ferner nichts bei mir gefunden, was mich des Diebstahls verdächtig machen oder gar überführen könnte.“

„Sie können das Geld verborgen haben, um es bei gelegener Zeit aus dem Versteck wieder hervorzuholen.“

„Dagegen läßt sich allerdings nichts sagen.“

„Haben Sie vielleicht sonst noch Gründe, die Ihre Thäterschaft zweifelhaft zu machen geeignet sind?“

Es lag ein gewisser Pohn in diesen Worten, den Paul jedoch nicht zu bemerken schien.

„Allerdings, Herr Richter,“ sagte er ruhig.

„Ich bin gespannt.“

„Es geziemt einem Angeeschuldigten vielleicht nicht, sich selbst zu loben, abgesehen davon, daß man dieses Selbstlob für eine Finte oder für hohlen Pathos erklären möchte. Aber ich nehme dennoch durchaus keinen Anstand, zu erklären, daß ich einer solchen That einfach unfähig bin.“

„Unfähig?“

„Ich kann Ihnen keinen Beweis dafür liefern, aber nichtsdestoweniger erkläre ich noch einmal, ich bin unfähig, meinen Wohlthäter, den Herrn Kaufmann Kurzberger zu bestehlen.“



wie er glaube, die Hamburger nicht thäten. Das müßten die Hamburger berücksichtigen und werden dann keinen Stein auf die Provinzgenossen werfen. Letztere würden immer ihre Pflicht thun.

W u s t r a t - Flensburg erklärt, daß speziell in seinem Kreise der Kalender nicht zweckentsprechend gewirkt habe, und zwar seines Inhaltes wegen. Er habe keinen guten Eindruck gemacht.

P l a m b e d - Blumenthal bestritt die Herstellung einer losen Verbindung unter der Landbevölkerung, und zwar durch Einführung des Markensystems, für das namentlich die Knechte u. Heranzuziehenden wären. Er stelle dies als Antrag.

H e i n r i c h - Altona hätte einen Bericht der als Gäste Erschienenen über die allgemeine politische Lage gewünscht. Daß die Agitation gegen die Gesindeordnung keinen besonderen Erfolg gehabt, finde er erklärlich, da ja in dieser Sache die Sozialdemokratie keinen unmittelbaren Druck ausüben könne. Was die Berichte an die Agitationskommission betreffe, so müsse er bemerken, daß er diese Forderung gern aus dem Organisationsplan ausgegliedert sehen möchte, und zwar, weil diese Berichterstattung überflüssig sei. Daß durch die Gründung der Zeitung keine Stelle für Referenten geschaffen worden, sei ganz natürlich; die dort angestellten Leute hätten vor Allem ihre Pflicht der Zeitung gegenüber zu thun. Die rednerischen Kräfte in der ganzen Provinz hätten in vollem Maße ihre Schuldigkeit gethan. Zu beachten sei in Betreff der finanziellen Lage, daß die einzelnen Orte auch die Kosten der Agitation im eigenen Kreise zu tragen hätten und demgemäß nicht viel abliefern könnten. Den vorjährigen Beschluß der Verbreitung der „Nordwacht“ halte er für verfehlt; man müsse eine Zeitung anders behandeln, als ein Flugblatt, und dürfe nicht die großen Aufzagen verlangen. Was den Kalender betreffe, so habe dieser eine gute Aufnahme gefunden, wenn er natürlich auch nicht allen Ansprüchen genügt habe; als praktisch habe sich die Ergänzung durch das Programm erwiesen. Wenn aber in diesem Jahre die Hamburger Genossen ihre Unterstützung versagen müßten, so müßte man wohl von Herausgabe des Kalenders absehen und ein anderes Agitationsmittel wählen. Ueberhaupt solle man allen Anträgen gegenüber vorsichtig sein.

M o l t e n b u h r beleuchtete in längeren Ausführungen die gegenwärtige politische Lage. Mit Schiller sagte er: „Weide Feder ferner ruhig seine Heerde und werb' im Stillen Freunde unserm Bund!“ (Bravo!) Die „Schl.-S.-Ztg.“ werde mehr als bisher zum Provinzialblatt werden, wenn die einzelnen Genossen in jedem Winkel sich angelegen sein lassen, Situationsberichte einzusenden, die Lage der Arbeiter, die Löhne usw. zu schildern. Dann werde das Blatt auch Freunde finden. Trübe ist zwar jetzt unsere Lage, aber doch wird die Sozialdemokratie immer stärker und bald wird ihr keine Macht der Erde mehr widerstehen können. Rapide nimmt die Macht der herrschenden Klassen ab, das Fundament bröckelt unter ihnen zusammen — daher ihre Angst. Aber wir geben den Kampf nicht auf; an Stelle der öffentlichen Agitation wird eventuell die Agitation in Haus und Werkstatt

treten, uns neue Schaa ren von Anhängern verschaffen, so daß unser Sieg unausbleiblich wird.

Beschlossen wird, Punkt 3 vorweg zu nehmen.

3) Bericht der Vororte der einzelnen Wahlkreise. H e i d e - Schleswig berichtete für den dritten Kreis und giebt Zahlen über die Verbreitung der Zeitung u. Er müsse erwähnen, daß in Büdelsdorf die Genossen, weil unter einem großen Druck stehend, sich wenig an der Agitation beteiligen könnten. Dennoch wäre zu wünschen gewesen, daß sie wenigstens sich die Verbreitung des Kalenders hätten angelegen lassen müssen. Leicht werde es den Schleswigern nicht, Gelder abzuliefern, zumal sie auch noch ein Defizit von der letzten Wahlbewegung zu decken gehabt hätten.

J u n g - L u d e r n schilderte die Lage im vierten Kreise.

K e l l e r m a n n - T h e h o e berichtete vom fünften Kreise über die Zahl der Versammlungen, die Verbreitung der Presse u. Der Agitationskommission seien 250 Mark übersandt worden. Er hoffe, daß auch in seinem Kreise die Sozialdemokratie Fortschritte machen werde.

R o h r h i r s c h schilderte die Schwierigkeiten, die im fünften Kreise der Agitation entgegenstehen. Ein solcher Druck, wie im letzten Jahre, sei bisher noch nicht dagewesen, hätte aber grade bewirkt, daß die Sozialdemokratie sich immer weiter ausbreite. Die Verbreitung der Zeitungen würde weniger kostspielig, wenn die Genossen ihre gelesenen Zeitungen weiter geben würden.

Darauf wurde die Sitzung bis Montag Morgen 8 1/2 Uhr vertagt.

## Soziales und Partei-Leben.

An die Eisenbahnarbeiter Deutschlands.

Bürger!

Wir kehren uns, Euch daran zu erinnern, daß der zweite internationale Kongreß unseres Berufes ein Internationales Komitee zum Studium der Interessen der Eisenbahnarbeiter eingesetzt hat.

Da unser Land bis zum nächsten Kongreß, daß heißt bis zum Monat August 1895 als Sitz des Komitees bestimmt worden ist, hat unsere Gewerkschaft nachstehendes Komitee ernannt, an welches Ihr Euch in Zukunft wenden wollt.

E. Guérard W., Sekretär,

G. Hermite W., stellvertretender Sekretär,

J. Provost, Kassirer.

Adresse: Comité International d'Etudes des Intérêts des Travailleurs des Chemins de fer, 9, cité Riverin, Paris.

Instruktion für Gewerbe-Aufsichtsbeamte. Mit Rücksicht auf das für den 1. April d. J. vorgesehene Inkrafttreten der Vorschriften über die gewerbliche Sonntagsruhe und die vom Bundesrathe dazu gemäß § 105d der Gewerbeordnung zu beschließenden Ausnahmebestimmungen beabsichtigt die Reichsregierung, wie den „Hamb. Nachr.“ gemeldet wird, gleichzeitig eine eingehende Instruktion für die Gewerbeaufsichtsbeamten zu erlassen, durch welche eine einheitliche Auslegung und Hand-

habung der durch § 105e der Gewerbeordnung festgestellten gesetzlichen Ausnahme-Vorschriften Seitens der lokalen Polizeibehörden gesichert werden soll.

Boykott durch die Staatsgewalt. Die Frankfurter „Volksstimme“ hatte vor Kurzem die Namen derjenigen Wirthe veröffentlicht, welche die „Volksstimme“ hatten. Einige Tage später wurde von einer ganzen Anzahl Wirthe das Blatt abbestellt. Die Betreffenden erklärten, sie seien vor die Polizeibehörde geladen worden und es sei ihnen dort die Polizeistunde, sowie das Militärverbot in Aussicht gestellt worden. — Wer also boykottirt?

Auch ein Zeichen der Zeit? Im vergangenen Jahre sind in Magdeburg an rückständigen Steuerzahlern nicht weniger als 46194 zu verzeichnen, die mit einem Mahnzettel beehrt wurden. Im Durchschnitt pro Quartal sind das 11549 angetheilte Mahnzettel. Von den Exekutionen sind 289 mit und 5097 ohne Erfolg gewesen.

Frauen im Postdienst. Im schwedischen Postwesen sind zwei Damen als Postmeister und zehn als Expedienten angestellt. Außerdem ist eine große Anzahl weiblicher Personen im Postdienst als Hilfsarbeiter thätig.

Ein sozialistisches Volkshaus nach belgischem Muster soll in Basel errichtet werden. Der dortige deutsche Arbeiterverein hat zu diesem Zwecke das Hotel „Zum weißen Kreuz“ für den Preis von 154000 Franken käuflich erworben.

## Aus Nah und Fern.

Manheim. Der katholische, 59 Jahre alte Pfarrer Eduard Bonger in Wiesenbach wurde von der Strafkammer wegen vieler Sittlichkeitsverbrechen, verübt an Schulmädchen und im Beichtstuhl, zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt. Ein netter Gottesmann!

Soldatenmißhandlungen. Im Anschluß an den bekannten Erlaß des Prinzen Georg von Sachsen über die Soldatenmißhandlungen im 12. Armeekorps hatte das Stadtblatt für Neusalz allgemein gehaltene Mittheilungen über Soldatenmißhandlungen durch Unteroffiziere in einer ober-schlesischen Stadt gemacht. Es wurde deshalb gegen den Redakteur vom kommandirenden General des 6. Armeekorps Strafantrag gestellt. Vor dem Breslauer Landgericht wurde in der That festgestellt, daß in Ober-schlesien Soldatenmißhandlungen vorgekommen sind, und deshalb erfolgte nur eine Verurtheilung zu einer geringen Geldstrafe wegen der an einigen Stellen verletzenden Form der Kritik.

Unschuldig zum Tode verurtheilt. Trier. Der Ackerer Joh. Thielen, welcher in der vorigen Schwurgerichtsperiode wegen Anstiftung zum Kindesmord zum Tode verurtheilt wurde, ist aus dem hiesigen Gefängniß entlassen worden. Die Kindesmörderin hat nämlich nachträglich eingestanden, daß Thielen unschuldig sei, während sie ihn in der Verhandlung vor dem Schwurgericht als den Anstifter bezeichnet hatte. Die Sache kommt in der nächsten Schwurgerichtsperiode zur abermaligen Verhandlung. — Wie leicht hätte hier ein Justizmord geschehen können und zwar lediglich auf die Aussage einer Mörderin hin.

Es lag eine stolze Ruhe in den Worten und sie verfehlten für einige Augenblicke ihren Eindruck nicht.

Dann aber gerieth das Gemüth des Untersuchungsrichters wie ein Leich, welcher von einem Steinwurf getroffen wird, wieder in jene unnahbare Ruhe, welche einem alten Kriminalisten zur andern Natur geworden ist, die eine Errungenschaft jahrelangen Verkehrs mit Verbrechern aller Art zu sein pflegt, bei denen Unschuldsbetheuerungen, und oftmals recht pathetische, wolfeil sind wie Brombeeren.

„Herr Kurzberger ist anwesend,“ fuhr Paul fort. „Ich bitte, denselben zu fragen, ob ich ihm jemals in den sechs Jahren, die ich in seinem Geschäfte zugebracht, Anlaß gegeben habe, einen Zweifel in meine Ehrlichkeit zu setzen.“

„Das ist wahr, Herr Richter,“ sagte der Kaufmann, einen Schritt vortretend, „dazu habe ich niemals Veranlassung gehabt.“

„Und dennoch haben Sie einem solch schweren Verdacht gegen mich Raum gegeben, Herr Kurzberger?“ fragte Paul.

„Es kann niemand anders der Thäter sein,“ antwortete Kurzberger, „und ich muß gestehen — so schwer es mir auch fällt und so schmerzlich es mich berührt — daß ich keinen Zweifel in ihre Thäterschaft setzen kann.“

Pauls Wangen färbten sich dunkelroth.

„Also Sie halten mich für einen Dieb, Herr Kurzberger?“

Dieser antwortete nicht, er schien eine aufsteigende Rührung niederzukämpfen. „Es schmerzt mich dies mehr als ich sagen kann.“

Paul sah in das schmerzlich bewegte Antlitz seines Wohlthäters.

Der Ausdruck eines tiefen Schmerzes, den er darin las, kämpfte den Unwillen nieder, der sich seiner bemächtigen wollte.

„Und die Andern im Hause — ich meine — theilen noch Andere diese Ansicht mit Ihnen?“

„Wenn es Ihnen zum Troste reichen kann, will ich Ihnen gern verrathen, daß Anita nicht meiner Ansicht ist.“

Ein Lächeln, ein Sonnenstrahl des Glücks huschte über sein blaßes Gesicht.

„Ich wußte es,“ murmelte er leise.

„Eigenthümlicher Weise,“ wandte sich Kurzberger an den Richter, „ist meine Tochter von der Schuldlosigkeit des jungen Mannes felsenfest überzeugt.“

Pauls Augen leuchteten vor Glück.

Kurzberger fuhr fort: „Alle Verdachtsmomente widerlegt sie mit dem einen Satze: er ist keines Diebstahls fähig.“

„Die Damen lassen sich mehr von ihrem Herzen als von ihrem Verstande leiten,“ lächelte der Richter und nahm das Verhör wieder auf.

Dasselbe verlief resultatlos.

Paul blieb bei seinem Zeugen, soviel Versprechungen und Drohungen auch der Richter an ihn verschwendete. Nach einiger Zeit wurde er in das Gefängniß zurückgeführt. Beim Hinausgehen warf er Kurzberger einen dankbaren Blick zu, der eigentlich Anita galt.

Gern hätte er ihr einige Worte des Dankes übermittelt — sie erstarben ihm aber im Munde. Gegen seinen Prinzipal trug er keinen Groll im Herzen, im Gegentheil, er fühlte Mitleid mit ihm.

„Die Untersuchungshaft wird ihn schon mürbe machen. Es wäre nicht das erste Mal, daß sie bei einem verstockten Verbrecher ein solches Wunder bewirkte,“ sagte der Richter, als Kurzberger sich empfahl.

Sinnend ging der Kaufmann seinem Hause zu. Die Sache wurde ihm bereits immer unklarer, seine Ueberzeugung von der Schuld Pauls gerieth allmählig in das Wanken und am liebsten wäre es ihm jetzt gewesen, wenn er den Diebstahl überhaupt gar nicht zur Anzeige gebracht hätte.

Auf der Haustreppe kam ihm der alte Lebrecht entgegen. Seine Mienen waren verstört, mit beiden Händen deutete er nach oben.

„Der junge Herr . . .“

Weiter hörte Kurzberger nichts.

In großen Sätzen sprang er die Treppe hinan und stürzte in das Zimmer seiner Tochter. Diese saß todtenbleich in einem Sessel und hielt ein Blatt in der Hand, auf welches sie wie geistesabwesend niederstarrte. Beim Eintritt des Vaters erhob sie sich mühsam und ging ihm schwankenden Schrittes entgegen.

„Es ist ein großes Unglück geschehen, lieber Vater. Eduard . . .“

Sählings riß er ihr das Blatt aus der Hand und las.

„Ihrem Sohne ist auf einer Kahnpartie ein Unglück zugestoßen . . . Kommen Sie!“

Ein Geschäftsfreund in Mülheim gab ihm diese Nachricht.

„Tobt . . . tobt . . . tobt . . . Eduard ist tobt . . .“

Stieren Blickes starrte er in's Leere, seine Rechte zerknitterte das Telegramm.

„Vater!“

„Anita!“

Vater und Tochter lagen sich wortlos in den Armen und weinten. —

„Ich habe meine Wette verloren,“ sagte zu derselben Zeit im Kontor Herr Sahmann zu seinen Kollegen.

„Mein prophetischer Geist hat mich diesmal im Stiche gelassen.“

„Es ist noch nicht aller Tage Abend,“ erwiderte darauf Brunhardt. „Wer kann wissen, ob Pauls Verhaftung nicht, gleich einer Krisis, sein Glück zeitigen wird.“

„Sie meinen also, er sei unschuldig?“

„Selbstverständlich! Ich traue ihm den Diebstahl nicht zu.“

„Ich meine, ein Mann, welcher zwanzigtausend Mark gestohlen hat, hat weder Zeit noch Lust, an einer Bergnügungstour in den sieben Bergen theilzunehmen,“ sagte ein Anderer. „Dazu ist der Koffbäch denn doch zu klug.“

„Wäre er der Dieb — er wäre längst über alle Berge,“ meinte ein Dritter.

„Ich möchte fast wetten, Eduard steckt dahinter,“ murmelte Brunhardt. Laut aber sagte er: „Wundern werden Sie sich, meine Herren . . . Nur ruhig abwarten!“

(Fortsetzung folgt.)

## Litterarisches.

Der Sozialdemokrat, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuth-Str. 2).

Die Nr. 3 vom 17. Januar hat folgenden Inhalt: Wochenschan. — Gasmir's Sturz. — Die Umsturz-Debatte im Reichstage. — Brief aus England. — Königsdank. — Die Wirtschaftspolitik des Vaterlandes. — Parteinachrichten. — Wie man ans behandelt. — Frauenrechtliche Harmoniebeseei. — Die Schweiz im Jahre 1894. — Brief aus Holand. — Unabhängige und Anarchisten. — Gewerkschaftliches. — Tobtenliste. — Literatur.